

Inhaltsverzeichnis

EGPA	Seite 2
Semester	Seite 4
Hochschulseelsorge	Seite 9
Internationales	Seite 11
Alumnitag	Seite 18
Führungskolleg	Seite 20
Aus der Weiterbildung	Seite 23
Kurzmeldungen	Seite 29
Verschiedenes	Seite 36
Personal	Seite 38
Publikationen	Seite 39

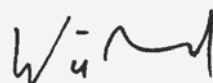
Liebe Leserinnen und Leser,

das vorliegende SpeyerJournal Nr. 25, in dem über das Sommersemester 2014 berichtet wird, wirft erneut Schlaglichter auf die vielfältigen Aktivitäten an unserer Universität. Besondere Aufmerksamkeit verdient im Berichtszeitraum die 2014 Annual Conference der European Group for Public Administration (EGPA), die vom 10. bis 12. September 2014 in Speyer an der Universität und am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung stattfand, und der am 8. und 9. September 2014 ein EGPA-Doktoranden-seminar vorausging. Eine ganze Woche lang waren die führenden Verwaltungsexperten aus ganz Europa zu Gast in Speyer, das erneut seiner Rolle als Plattform für den Erfahrungsaustausch in Sachen guter Verwaltung von morgen gerecht werden konnte.

Darüber hinaus möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Bericht über die deutsch-französische Sommeruniversität lenken, die sich in diesem Jahr dem Thema „Wahlrecht und Demokratie in Deutschland und Frankreich“ widmete und die zahlreiche Doktorandinnen und Doktoranden aus Deutschland und Frankreich zu einem intensiven Gedankenaustausch zusammenführte. Ebenfalls hinweisen möchte ich auf den inzwischen bereits zweiten Speyerer Alumnitag, zu dem zahlreiche Ehemalige an die Universität kamen und für den ein bemerkenswertes Programm eröffnet werden konnte. Mit einigem Stolz können wir auch berichten, dass die ersten Absolventinnen und Absolventen des MPA-Programms Wissenschaftsmanagement ihre Masterurkunden erhalten haben und nun ihre Kenntnisse in die Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz einfließen lassen können.

Selbstverständlich finden Sie in diesem Heft aber auch wieder zahlreiche Berichte über Forschungsprojekte, Vorträge, Weiterbildungsveranstaltungen und weitere Ereignisse, die für uns in den vergangenen sechs Monaten von Bedeutung waren und an denen wir Sie teilhaben lassen möchten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht



Univ.-Professor Dr. Joachim Wieland
Rektor der Deutschen Universität für
Verwaltungswissenschaften Speyer

36. EGPA-Konferenz an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer



500 internationale Wissenschaftler und Praktiker nahmen an der 36. EGPA-Konferenz teil

Fotos: Uni Speyer

Die 36. EGPA-Konferenz wurde in diesem Jahr gemeinsam von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) ausgerichtet.

Der Hauptkonferenz (10.-12. September 2014) voran ging das achte PhD-Symposium (8.-9.

September 2014), an dem über 40 Nachwuchswissenschaftler teilnahmen, die ihre Forschungsprojekte vorstellten und miteinander über die Zukunft der öffentlichen Verwaltung diskutierten.

Der inhaltliche Schwerpunkt der EGPA-Konferenz, an der – wie in Edinburgh 2013 – rund 500 internationale Wissenschaftler und Praktiker teilnahmen, lag in unterschiedlich gefassten Themen innerhalb der 19 Permanent Study Groups (PSGs). Die Konferenzteilnehmerinnen und Konferenzteilnehmer

stellten ihre aktuellen Forschungsergebnisse vor und diskutierten darüber hinaus länderübergreifende verwaltungswissenschaftliche Themen und Implikationen für die Verwaltungspraxis. Die EGPA-Jahrestagung gilt als optimale Gelegenheit für die Kontakthanbahnung und -pflege zwischen Forschern und Praktikern der Verwaltungswissenschaften.



Die besondere Bedeutung der Ausrichtung der größten verwaltungswissenschaftlichen Jahreskonferenz ergibt sich für die Universität Speyer und das FÖV – neben dem Gewinn an internationaler Sichtbarkeit – auch durch einen Blick auf die Historie des International Institute of Administrative Sciences (IIAS), dessen europäische „Untersektion“ die European Group for Public Administration (EGPA) ist. Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Prof. Dr. Edoardo Ongaro hat die 1975 gegründete EGPA, als interdisziplinäre

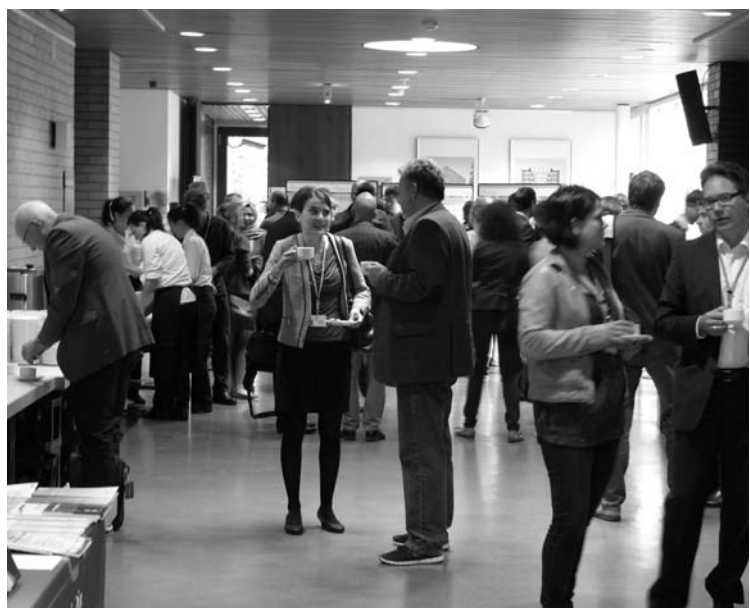
näre Regionalgruppe des IIAS, eine herausragende Bedeutung für die europäischen Verwaltungswissenschaften. Sie organisiert und fördert den Austausch von Informationen über die Entwicklungen in Theorie und Praxis der öffentlichen Verwaltung.

Der renommierte Verwaltungswissenschaftler Fritz Morstein Marx war es, der 1968 in Speyer den Vorsitz einer internationalen Konferenz zum Stand und der Entwicklung der Verwaltungswissenschaften in europäischen Staaten inne hatte. Bereits ein Jahr später wurde die nächste internationale Konferenz in Speyer unter dem Vorsitz von Roman Schnur ausgerichtet. Morstein-Marx' Nachfolger Heinrich Siedentopf, der u. a. als wichtiger Impulsgeber für das Betätigungsfeld der EGPA fungierte, stand der dritten internationalen Speyerer Konferenz im Jahr 1974 vor.

Zwar wurde die EGPA offiziell erst ein Jahr später gegründet, jedoch markierten insbesondere die Speyerer Konferenzen im Jahr 1968 und 1974 wichtige Meilensteine, um die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Verwaltungswissenschaften über die damals noch bestehenden Grenzen in Europa hinweg zusammenzubringen sowie die EGPA 1975 formal zu errichten.

Die Idee zur Gründung dieser Organisation wurde vor fast 40 Jahren hier in Speyer geboren und von den damaligen Professorinnen und Professoren erfolgreich vorangetrieben.

Die EGPA hat sich im September 1974 hier in Speyer konstituiert und es ist auch dieses Jubiläum, das die Universität Speyer und das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung mit der Ausrichtung der Jahrestagung feiern wollen.



Startschuss für das Sommersemester 2014



Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, begrüßte 345 Hörerinnen und Hörer zum Sommersemester 2014

Fotos: Uni Speyer

345 Hörerinnen und Hörer nahmen am 2. Mai 2014 zum Sommersemester 2014 ihr Studium an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer auf.

168 von ihnen waren als Rechts-, Wirtschafts-, Regierungs- oder Verwaltungsreferendare aus 15 deutschen Ländern im Rahmen ihres Vorbereitungsdienstes an die Universität zu einem Ergänzungsstudium entsandt worden. Für die Rechtsreferendare stellt dieses Ergänzungsstudium einen Teil ihrer Verwaltungs-, Wahl- oder Anwaltsstation dar.

Ihr postgraduales Aufbaustudium zum Magister der Verwaltungswissenschaften nahmen an diesem Tag 28 Studierende auf.

In den Masterprogrammen „Öffentliche Wirtschaft“ und „Administrative Sciences“ hatten sich 50 Studierende immatrikuliert, 50 waren es im Masterprogramm Wissenschaftsmanagement. Im Rahmen des in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne und der Ecole Nationale d'Administration durchgeführten MEGA-Programmes waren es 23 Studienrede. Darüber hinaus hatten sich 31 Doktorandinnen und Doktoranden eingeschrieben.

Noch am 2. Mai 2014 begrüßte Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland als Rektor die Studierenden, nachdem alle Einschreibungsformalitäten dank der guten Organisationsarbeit des Hörersekretariats bereits um 10.30 Uhr morgens abgeschlossen waren. Anschließend wählten die Studierenden dann ihre Senatsvertreter und die Vertreterinnen und Vertreter der Hörerschaft, bevor sie sich in der „Orientierungsphase“ ausführlich über das Lehrangebot des Sommersemesters informieren konnten.

Zu Senatsmitgliedern für die Gruppe der Hörerinnen und Hörer wurden am 2. Mai 2014 für das Sommersemester 2014 gewählt:

Marius Herr

Thomas Scheidt.

Zu deren Stellvertretern wurden gewählt:

Sören Hempel

Matthias Meyer.

In die Funktionen der Hörerschaft wurden gewählt:

Hörersprecherin: Melanie Schulz

Stv. Hörersprecherin: Sabine Schorsch

Finanzreferent: David Gillhausen

Stv. Finanzreferent: Felix Wittkopf

Kulturreferent: Matthias Meyer

Stv. Kulturreferentin: Sophie Etzkorn

Fetenreferent: Till Brombach

Stv. Fetenreferent: Nima Matthias Izadi Amoli

Ballreferentin: Heide Bost

Stv. Ballreferentin: Sarah Peick

Medienreferent: Frank Niegeloh

Stv. Medienreferentin: Lara-Anjuli Wehrmann

Sportreferentin: Lilli Schleicher

Stv. Sportreferent: Lukas Kilian

EDV-Referent: Jan Eilers

Stv. EDV-Referent: Hauke Quathammer

Masterreferent: Philipp Lampelsdorfer

Stv. Masterreferent: Florian Sies

Integrationsreferentin: Tanita Stamm

Stv. Integrationsreferentin: Lisa Rosenbaum

Alumni-Referentin: Wiebke Butz

Stv. Alumni-Referentin: Julia Michels.

Hehre Ziele – vage Kosten Folgenabschätzung im Gesetzgebungsverfahren

Den feierlichen Auftakt zum Semester bot dann der offizielle Semestereröffnungsvortrag am 13. Mai 2014, zu dem die Universität den Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen Thomas Kutschaty gewinnen konnte.

Kutschaty referierte zu einem für die Universität und das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung hochinteressanten Thema: „Hehre Ziele – vage Kosten. Folgenabschätzung im Gesetzgebungsverfahren“. Im Rahmen seines Vortrages beleuchtete er das Thema aus der Sicht des Gesetzgebers und der Ministerialverwaltung.

Das Thema Gesetzesfolgenabschätzung hat für den Standort Speyer eine besondere Bedeutung. Am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung besteht ein Institut für Gesetzesfolgenabschätzung und Evaluation Speyer (InGFA), das auf die umfangreichen am Standort Speyer vorhandenen Erfahrungen auf die-



Thomas Kutschaty, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Foto: JustizNRW

sem Gebiet aufbaut: immerhin wurde die Gesetzesfolgenabschätzung in Speyer von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret, der das InGFA-Team weiterhin beratend unterstützt, „erfunden“.

Zahlreiche Ehrengäste, darunter der Speyerer Oberbürgermeister Eger, der Europaabgeordnete Jürgen Creutzmann und die Präsidentin des Verwaltungsgerichts Neustadt/Wstr. Elisabeth Faber-Kleinknecht konnten zu diesem Anlass vom Rektor an der Universität begrüßt werden. Im Mittelpunkt des Abends standen jedoch die Studierenden der Universität, die hautnah erleben konnten, wie die für Speyer typische Verzahnung von Wissenschaft und Praxis sich konkret gestaltet.

Nach dem Vortrag bestand beim traditionellen Empfang des Rektors die Gelegenheit, die gewonnenen Eindrücke in anregenden Gesprächen bei Brezeln und Wein zu vertiefen.

„Privatheit und Staatlichkeit im digitalen Zeitalter“ Alumni-Ringvorlesung

Der Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Mario Martini an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer organisierte im Sommersemester 2014 eine Ringvorlesung „Privatheit und Staatlichkeit im digitalen Zeitalter“. Sie beleuchtete die Veränderungen, welche die digitale Revolution für unseren Alltag und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger auslöst, aus erster Hand.

Für diese Veranstaltung haben sich Alumni der Universität, die heute in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft tätig sind, bereit erklärt, ihre Praxiserfahrung in die Ringvorlesung einzubringen. Es konnten Persönlichkeiten gewonnen werden, welche aus ihrer beruflichen Tätigkeit heraus mit den Fragen des Datenschutzes, des Open Government oder des E-Commerce konfrontiert sind.

Beleuchtet wurde das Vorlesungsthema in drei Vorlesungsblöcken: „Wandel der Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft“, „Wandel des Staat-Bürger-Verhältnisses“ sowie „Sicherheit“.

Die Veranstaltung sollte zu einem Dialog über gesellschaftlich brisante Fragen einladen. Sie richtete sich zum einen an alle Mitglieder der Hochschule, zum anderen an die interessierte Öffentlichkeit.

Folgende Referenten konnten für die einzelnen Vortragsblöcke gewonnen werden:

1. *Privatheit im digitalen Zeitalter:*
Wandel der Wirtschaft, Arbeit und Gesellschaft
- Dr. Michael Johannes Pils RA (Taylor Wessing Rechtsanwälte): Zukunftsvision gläserner Arbeit-

- nehmer? – Datenschutz versus Überwachung im Arbeitsrecht
- *Dr. Annette Tapper* (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie): Crowdfunding – ein Blick in die Arbeitsbeziehungen der Zukunft
 - *Wolfram Sauer* (Xing AG): Wertewandel im digitalen Zeitalter: Was kommt nach der Generation Y?
 - *Marco Junk* (BITKOM, Bundesverband): Big Data – eine Chance für Wirtschaft und Gesellschaft
 - *Dr. Reinhard Müller* (FAZ, Ressortleiter für Zeitgeschehen sowie Staat und Recht) Herz in der Finsternis – die Presse im digitalen Zeitalter
 - *Detlef von Schmeling* (Leiter der Fortbildungsakademie des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW): Bürgerbeteiligung 2.0 – Lehren aus Stuttgart 21
 - *Stephan Kassel* (Stadtrat der Stadt Celle): Die neue Rollenverteilung zwischen Bürger und Verwaltung in der Mediengesellschaft
 - *Falk Zscheile, Mag. rer. publ.* (OSM-Community): Open Government als Herausforderung für die Verwaltung der Zukunft
 - *Udo Fenchel* (Bundesministerium der Finanzen): Der digitale Bundeshaushalt als Teil des gläsernen Staates
- II. *Wandel des Staat-Bürger-Verhältnisses: Transparenz, Kollaboration, Partizipation*
- *Klaus Wolter* (Bundesverwaltungsamt): Der neue Personalausweis – ein Kommunikationsangebot
 - *Thomas Hammer* (Bundesverfassungsgericht) Staatliches Informationshandeln als Strafe und zur Gefahrenabwehr
 - *Ute Kallenberger* (Head of Inspections, Europäischer Datenschutzbeauftragter): Datenschutz für Europa: der Europäische Datenschutzbeauftragte
- III. *Internetsicherheit*
- *Dr. Monika John-Koch* (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe): Schutz kritischer Infrastrukturen im digitalen Zeitalter – eine Desillusionierung
 - *MdB Prof. Dr. Patrick Sensburg* (Vorsitzender des NSA Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag, Hochschulprofessor): Internetsicherheit als Freiheitsgewährleistung.

IT-Entwicklung und Stand in der öffentlichen Verwaltung

Im Rahmen seines Vortrags über den Stand der *IT-Entwicklung in der öffentlichen Verwaltung* stellte sich der ehemalige CIO der hessischen Landesregierung und ehemaliges Mitglied des IT-Planungsrates, Horst Westerfeld, Staatssekretär a. D. im Hessischen Finanzministerium, einer anregenden Diskussion. Der Vortrag fand am 27. Juni 2014 in dem von Professor Hermann Hill geleiteten Seminar „Veränderungen im Verhältnis Bürger-Staat durch neue Medien“ (SoSe 2014) statt.

Den Hörerinnen und Hörern sowie der Hochschulöffentlichkeit bot sich die Gelegenheit zu einem lebhaften Meinungsaustausch mit einem erfahrenen Praktiker, der sowohl die Praxis der Privatwirtschaft als auch die der öffentlichen Verwaltung aus seinem langjährigen Berufsleben kennt.

In seiner Einführung erörterte Westerfeld, welchen Einflussfaktoren im Zusammenhang mit den IT-Entwicklungen die öffentliche Verwaltung ausgesetzt ist und stellte die Bedeutung der Digitalisierung für bspw. die Verwaltungskultur,

Verwaltungsorganisation, Governance und Prozesse oder auch Wertschöpfung heraus. Westerfeld hielt hierbei fest, dass der Druck auf die öffentliche Verwaltung wachse, dies jedoch von der Politik weitgehend unbemerkt bliebe. Dies stelle deshalb ein Problem dar, weil eine effiziente und moderne Verwaltung ein bedeutender Standortfaktor im internationalen Wettbewerb sei. Staat und Verwaltung müssten sich daher als hocheffizientes „Betriebssystem“ verstehen und entsprechend agieren.

Im Rahmen des Vortrages stellte Westerfeld einige vorhandene Infrastrukturprojekte in Deutschland sowie Services für Bürger und Unternehmen vor. Westerfeld warf drei Leitfragen auf, die bereits während des Vortrags für Diskussionsstoff sorgten. So stellte er zur Diskussion, ob der Staat die richtigen digitalen Infrastrukturen zur Verfügung stelle, ob den Unternehmen und Bürgern die relevanten Services angeboten werden und ob der Staat intern effizient organisiert sei und er IT sinnvoll nutze.

Ebenso kontrovers diskutiert wurden die von

ihm entwickelten Thesen. Deutschland verliere den Anschluss an die Weltspitze bei der Entwicklung von Industrial Internet (Industrie 4.0), so Westerfelds erste These. Industrie 4.0 stelle die Fortsetzung der Automatisierung der 1990er Jahre dar und biete nun die Vernetzungsmöglichkeiten der 2010er Jahre. Habe man in den 80er und 90er Jahren noch von Computer Integrated Manufacturing (CAD/CAM, Robotics, CNC) ERP, Supply Chain Management, EDIFACT, ISO-OSI, IPv4, RFID, Sensortechnik und teilvernetzten Systemen gesprochen, so sei im folgenden Jahrzehnt das Internet der Dinge entstanden, IPv6, Mobility, Big Data, Cloud Computing, Collaboration, das Social Web und vieles mehr.

Allerdings, so die zweite These, lägen die deutschen Verwaltungen bei der Nutzung von IT-Technologien für IT Strategy, IT Demand und IT Supply weit hinter dem Industriestandard zurück.

Die vielfältigen Forderungen nach dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands seien daher berechtigt. Das politische Interesse an einer deutschlandweiten wettbewerbsfähigen IT sei sehr gering, der Föderalismus spiele hierbei eine Rolle. Ein Anschluss an die vier Technologie Mega-Trends „Mobility, Collaboration, Big Data und Cloud Computing“ seien aber unabdingbar. Sonst werde, so Westerfelds dritte These, die Kluft zwischen dem deutschen Staat und seinen Bürgern bei der Nutzung von Internet-Technologien immer größer.

Für die Hörerinnen und Hörer stellte Westerfelds Vortrag eine lebhafte und eindrucksvolle Ergänzung der Seminarthemen dar. Die Themenliste ist für Interessierte auf der Lehrstuhlseite unter <http://bit.ly/1uowAKt> abrufbar.

Afia Asafu-Adjei

Verabschiedung des Magisterjahrgangs 2013/2014

Am 29. April 2014 fand die feierliche Verabschiedung der 17 Absolventinnen und Absolventen des seit 1976 38. Jahrgangs des verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudiums statt. Von diesen hatten 12 am gleichen Tag ihre mündliche Magisterprüfung abgelegt und fünf aufgrund der Flexibilisierung des Studiums bereits in den vorangegangenen Monaten. Alle Absolventinnen und Absolventen können nun ihrem Namen das begehrte Kürzel „Mag. rer. publ.“ hinzufügen.

Der Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, wies in seiner Ansprache darauf hin, dass bislang mehr als 1.500 Studierende diesen Studiengang erfolgreich absolviert haben. Seit 1976 sind sie in Führungspositionen bei Bund, Ländern und Kommunen sowie Unternehmen tätig. Für den nach wie vor gut nachgefragten Studiengang haben sich für das Studienjahr 2014/15 27 Studierende immatrikuliert.



Der Rektor, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, bei der feierlichen Übergabe der Magisterzeugnisse

Foto: Uni Speyer

Im Rahmen der kleinen Feierstunde konnte der Rektor auch den Preis der Hochschulvereinigung für den besten Absolventen an Martin Schenkelberg überreichen. Als beste ausländische Absolventin wurde Dadeja Cusosu aus Rumänien ausgezeichnet.

Weitere Buchpreise für hervorragende Leistungen gingen an Moritz Lechleuthner und Falk Zscheile.

Absolventinnen und Absolventen des ersten Jahrganges des Masterprogramms Wissenschaftsmanagement (M.P.A.)

Seit 2012 wird an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer der berufsbegleitende Studiengang „Wissenschaftsmanagement“ angeboten. Das Studium führt in vier Semestern zum Abschluss Master of Public Administration (M.P.A.). Die Absolventinnen und Absolventen des ersten Jahrganges wurden am 28. Juni 2014 im Rahmen einer Feierstunde verabschiedet.

Die Zeugnisverleihung in der Aula der Deutschen Universität markierte das Ende der Phase der beruflichen Weiterqualifikation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des MPA-Programmes. Der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, überreichte den 16 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Masterurkunden und beglückwünschte sie im Kreise ihrer Familien und Freunde zum erfolgreichen Studienabschluss.

Das Studienprogramm des akkreditierten Studienganges ist an den Strukturen und Erfordernissen des Wissenschaftssystems ausgerichtet. Es bereitet gezielt auf die vielfältigen und komplexen Managementanforderungen in wissenschaftlichen Organisationen vor. Das Curriculum kombiniert Verwal-

tungswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Rechtswissenschaft mit Lehren aus der Berufspraxis der Studierenden. Erfahrene Führungskräfte aus dem Wissenschaftssystem unterrichten im Tandem mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Die Präsenzzeit in Speyer beträgt je Semester etwa zehn Tage. Blended-Learning-Elemente sichern den nachhaltigen Wissens- und Kompetenzerwerb.

Im Anschluss an die Zeugnisverleihung gab es noch einen weiteren besonderen Programmpunkt: Dr. Alexander Kurz, Vorstand Personal und Recht der Zentrale der Fraunhofer Gesellschaft in München und einer der Lehrenden im M.P.A. Wissenschaftsmanagement, wurde zum Honorarprofessor an der Universität Speyer ernannt. Professor Wieland überreichte ihm die von der Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz unterzeichnete Urkunde und dankte ihm herzlich für sein Engagement.

An der Absolventenfeier nahmen zahlreiche Gäste teil, darunter sowohl die Familien und Freunde der Absolventinnen und Absolventen als auch Dozentinnen und Dozenten des Studiengangs.

SPEA-Programm „SPEA on the Rhine“ Public Policy and Administration in Germany, the European Union, and the United States

Bereits zum fünften Mal wurde im vergangenen Sommersemester vom 13. Mai bis 13. Juni 2014 das Lehrprogramm „SPEA on the Rhine“ (ehemals „SPEA in Speyer“) mit der School of Public and Environmental Affairs (SPEA) der Indiana University, Bloomington, USA, erfolgreich durchgeführt. Koordinatoren der Zusammenarbeit sind auf deutscher Seite Univ.-Prof. Dr. Michael Bauer sowie auf amerikanischer Seite Prof. Dr. William G. Resh, SPEA.

Ziel des Programms

Das Ziel des Lehrprogramms ist es, den deutschen und internationalen Hörern der Uni Speyer und den amerikanischen Studenten eine Gelegenheit zu bieten, Probleme und Lösungsansätze der öffentlichen Verwaltung aus deutscher, europäischer und amerikanischer Sicht gemeinsam kennenzulernen und zu vergleichen sowie persönliche Beziehungen zu knüpfen und einen Einblick in die jeweils andere Kultur zu gewinnen.

Das Lehrprogramm

Insgesamt wurden vier Seminare und eine Projekt-AG angeboten:

- „A comparative perspective on public administration in the EU, Germany and the US“ (Prof. Dr. Michael Bauer/Prof. Dr. William G. Resh, SPEA)
- „European economic integration“ (Univ.-Prof. Dr. Andreas Knorr)
- „Comparative Local Government“ (Dr. Tim Jäkel)
- „US and EU constitutional law from a comparative perspective (cases)“ (Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann)
- „Turkey and the European Union (project-seminar)“ (Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer).

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Es nahmen vier Studierende der SPEA, drei Studierende von der Staatlichen Universität Tbilisi, Republik Georgien, sowie drei russische Studierende aus Moskau (Higher School of Economics (HSE) teil.

Für die amerikanischen Studenten war das Programm Teil ihres Master-Studiums an der SPEA. Die Uni Speyer-Hörer konnten die angebotenen Seminare als Teil ihres Ergänzungs- oder Aufbaustudiums belegen. Insgesamt nahmen am Programm 23 deutsche und internationale Hörerinnen und Hörer teil: 13 von ihnen nahmen an allen fünf Seminaren teil, 10 Studierende belegten Einzelseminare innerhalb des Programms.

Das Rahmenprogramm

Höhepunkte des Programms waren eine Reihe von Exkursionen: Stadtführung in Speyer, Stadt- und Schlossbesichtigung in Heidelberg, Exkursionen zum Europarat in Straßburg, ein Besuch der Frankfurter

Börse und der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main, sowie – zum ersten Mal – ein dreitägiger Besuch in Brüssel, Belgien zur Besichtigung der Europäischen Institutionen.

Zur Zukunft der Zusammenarbeit

Zurzeit laufen bereits die Vorbereitungen für das Programm 2015. Es wird folgenden Titel tragen: „On the Rhine“ (OTR) program und voraussichtlich vom 18. Mai bis 19. Juni 2015 (fünfwöchig) stattfinden. Das Lehrprogramm wird wieder fünf Seminare umfassen. Außerdem ist angedacht, die University of Southern California (USC) neben SPEA und der Uni Speyer zu beteiligen.

Neues aus der Hochschuleelsorge

Das Sommersemesterprogramm 2014 der KHG/ESG (Katholische und Evangelische Hochschulgemeinde) an der Universität startete wieder mit der Semester-Eröffnungs-Frühsticht, die anschließend jede



Fotos: Gruender

Woche immer mittwochs morgens um 7.30 Uhr im Clubraum 3 stattfand, mit – ganz wichtig – einem anschließenden gemeinsamen Frühstück. Unser Clubraum war immer sehr gut gefüllt.

Und es scheint sich wohl zu bewähren: Auch in diesem Semester gab es mehrere (große) Domführungen: Die erste fand mit Domkapitular und Domdekan Dr. Christoph Kohl zu Beginn des Semesters statt. Nach vielen Informationen rund um und im Weltkulturerbe beeindruckte alle noch ein kleines „Privat-Konzert“. Mit den wunderschönen Orgelklängen im Ohr ging es in den „Domnapf“, um den Abend gemütlich ausklingen zu lassen.

Die zweite große Dom-Besichtigungs-Tour führte

zu den Schraudolph-Fresken in den Kaisersaal, auf die Dom-Empore, zum Spieltisch der Orgel und auf den Domturm. Auch als Rahmenprogramm zum Alumnitag oder als Abendprogramm des M.P.A. Wissenschaftsmanagement führte Hochschuleelsorgerin Luise Gruender Gruppen durch den Dom. Beim 4. Speyerer Orgelspaziergang oder während der Kult(o)urnacht genossen viele Hörerinnen und Hörer die Klänge der neuen Domorgel.

Natürlich darf auch die traditionelle Pfälzer Weinprobe der Hochschuleelsorge im Semester nicht fehlen! Sie fand im großen Saal des Friedrich-Spee-



Hauses statt – mit einem schönen Blick auf den Dom. Winzerehepaar Petra und Ludwig Eberley aus Neustadt-Geinsheim erklärten, wie man von der Weintraube zu einem guten Glas Wein kommt. Es war ein rundum gelungener Abend.

Und wie immer gehört zum Sommersemester natürlich eine Wanderung: Dieses Mal eher zügig im Schritt. Zunächst fuhren wir mit dem Zug über

Neustadt nach Edesheim. Von dort liefen wir durch die Weinberge zur Villa Ludwigshöhe. Der Sessellift brachte alle wohlbehalten zur Rietburg. Dort kehrten wir zur Erholung ein, um uns danach am Wildgehege vorbei an den Abstieg Richtung Rhodt und Edenkoben zu wagen. Mit dem Zug ging es schließlich nach Speyer zurück, wo einigen dann doch ein wenig die Beine schmerzten.

Ja und im Sommersemester macht es richtig Spaß:



Eine Führung in – und auf – der Gedächtniskirche. Pfarrer Uwe Weinerth machte es uns mal wieder möglich, auf den Turm hinaufzusteigen. Von hier oben hat man einfach einen wunderschönen Blick auf die Stadt Speyer und es war auch etwas kühler als am Boden, wo es sommerlich heiß war.

Den krönenden Abschluss des Semesters bildete dieses Mal eine große Reise: Zusammen mit der Katholischen Hochschulgemeinde Kaiserslautern ging es



nach Afrika – genauer nach Ruanda. Dort besuchten wir zunächst die Katholische Hochschulgemeinde der Hauptstadt Kigali. Zum nationalen Entwicklungsplan Ruandas gehört an vorderster Stelle die Bildung junger Menschen. Das „College of

Science and Technology“ der University of Rwanda in Kigali unterhält so seit einigen Jahren eine Partnerschaft mit der TU in Kaiserslautern.

Wir erfuhren auf unserer Reise eine überwältigende Herzlichkeit und Gastfreundschaft, aber wir spürten auch, dass dieses Land seine Traumata noch immer nicht verarbeitet hat. Rund eine Million Menschen waren vor zwanzig Jahren dem Völkermord zum Opfer gefallen. Millionen Überlebende blieben schwer traumatisiert zurück. Im kleinen Ruanda gibt es keine Familie, die nicht betroffen ist. Auf den Gräbern der allein rund 250.000 Opfer in der nationalen Gedenkstätte in Kigali legten wir Blumen ab. Auch bei unseren ruandischen Partnern flossen Tränen, einige erzählten uns ihre Familiengeschichte.

Zusammen mit einer Gruppe afrikanischer Studierender fuhren wir zwei Wochen durchs „Land der tausend Hügel“. Sehr viele verschiedene Eindrücke konnten wir sammeln: Wir erlebten ein Land im Umbruch: Auf der einen Seite eine sehr rasante Modernisierung, auf der anderen Seite Menschen, die ihre afrikanische Kultur und Lebensart pflegen. Wir erlebten die University of Rwanda, sahen Labore und Hörsäle, die vom Standard deutscher Hochschulen noch weit entfernt sind. Doch wir erlebten auch den starken Willen, Neues zu lernen und zum Aufbruch des Landes beizutragen.

Dieses nationale Wir-Gefühl soll zum Kitt werden, der die Gesellschaft nach dem Trauma des Völkermords zusammenhält.

Besonders fasziniert waren wir natürlich auch von der Natur Afrikas: Dem tropischen Urwald und der Savanne.

Wir erhielten sehr herzliche Einladungen von verschiedenen Freunden, besuchten diverse Schulen und Krankenhäuser – trafen ruandische Bischöfe, Politiker und waren Gast in katholischen Pfarrgemeinden im ganzen Land.

Jetzt freuen wir uns auf den Gegenbesuch 2016 der Studierenden aus Ruanda in Speyer und Kaiserslautern.

Alles in allem war es ein sehr ereignisreiches Sommersemester 2014 mit vielen motivierten Hörerinnen und Hörern. – Jetzt sind wir gespannt auf das Wintersemester 2014/2015 und grüßen Sie alle sehr herzlich,

Ihre Hochschuleseelsorger

*Pastoralreferentin Luise Gruender
(Katholische Kirche) und
Pfarrer Michael Erlenwein
(Evangelische Kirche).*

Sommeruniversität

Deutsch-französische Tagung zu Demokratie und Wahlrecht

Université d'été en droits français et allemand: Droit électoral et démocratie

Vom 10. bis zum 14. September 2014 fand in den Räumen des französischen Senats und der Universität Paris I (Panthéon Sorbonne) die Sommeruniversität zum Thema „Wahlrecht und Demokratie in Deutschland und Frankreich“ statt. Neben der Universität Paris I und der Universität Speyer, beide seit mehreren Jahren durch ein gemeinsames deutsch-französisches Doktorandenkolleg verbunden, waren auch die Universität Paris-Ouest Nanterre-La Défense und die Universität de Lorraine beteiligt. Anknüpfen konnte die Veranstaltung an die Deutsch-französische Sommerschule, die die Universität Speyer im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der École Nationale d'Administration sowie unter Schirmherrschaft der französischen Botschaft in Speyer durchgeführt hatte. Die diesjährige Sommerschule, wiederum von der Deutsch-Französischen Hochschule gefördert, wurde von Professor David Capiant (Université Paris I), Professorin Reine Wakote (Université de Lorraine), Professorin Céline Fercot (Université Paris-Ouest) und Professor Karl-Peter Sommermann (Universität Speyer) koordiniert. Die Veranstaltung wurde vom Vorsitzenden des Senatsausschusses Verfassungsrecht, Herrn Senator Jean-Pierre Sueur, und dem Präsidenten der Deutsch-Französischen Hochschule, Professor Patrice Neau, sowie mit einem Vortrag des Politikwissenschaftlers Professor Alfred Grosser eröffnet.

Ziel der Tagung war es, das deutsche und das französische Wahlrecht im Lichte der aktuellen Herausforderungen der demokratischen Systeme vergleichend zu analysieren und dadurch die unterschiedlichen Grundvorstellungen sowie Lösungsansätze zu ermitteln und über sie zu reflektieren. Im Laufe der Diskussionen, an der auch die Vizepräsidentin der Deutsch-Französischen Hochschule, Professorin Patricia Oster-Stierle, mit einer Moderation mitwirkte, wurden sehr verschiedene Aspekte des Wahlrechts und der Demokratie in beiden Ländern angesprochen. Mehrfach wurden abweichende Ansätze und Vorgehensweisen deutlich. Unter anderem wurden drei Themen behandelt, die in beiden Ländern präsent sind, auffälliger Weise aber in Frankreich sehr stark durch staatliche Vorschriften reguliert, in Deutschland hingegen der Selbstregulierung der entsprechenden Akteure überlassen werden:

- *Parität*: In Frankreich wird die Parität, also die ausgeglichene Repräsentation von Männern und Frauen in demokratisch gewählten Gremien, durch gesetzliche Quoten erzwungen. Die Ergebnisse bleiben aber bescheiden, da politische Parteien wenig mitgewirkt haben. In Deutschland hingegen gibt es keine vergleichbare staatliche Regelung. Es sind vielmehr eher linke politische Parteien gewesen, die auf eigene Initiative Parität in innenparteilichen Strukturen sowie in ihren Listen erfolgreich eingeführt haben.
- *Ämterhäufung*: Die Ämterhäufung ist in Frankreich sehr verbreitet: über 80 % der Senatoren und Abgeordneten der Nationalversammlung kumulieren ihr Mandat mit einem lokalen oder regionalen Amt. Gleichzeitig wird das Thema seit Jahrzehnten leidenschaftlich diskutiert und bei der Bevölkerung herrscht die Meinung, dass Ämterhäufung begrenzt werden soll. Seit den Siebzigern ist sie sukzessive durch Gesetze mit Fort- und Rückschritten beschränkt worden. Die letzte Reform von 2014, die für die Wahl 2017 zum ersten Mal gelten soll, verbietet die Kumulierung von Lokal- oder Regional- mit Nationalmandaten im Senat und der Nationalversammlung. In Deutschland existiert keine gesetzliche Regelung der Ämterhäufung da diese, mit der Ausnahme des Bundesrates, kaum stattfindet. Aus diesem Grund wird die Ämterhäufung auch nicht thematisiert. Das „Diätenurteil“ des BVerfG von 1975 stellte fest, dass die parlamentarische Arbeit quasi zu einem Beruf geworden sei, die den ganzen Menschen verlangt und deutsche Parlamentarier scheinen, sich an dieses Gebot zu halten.
- *Umfragen*: Umfragen können erheblichen Einfluss auf die politische Willensbildung des Volkes üben. Aus diesem Grund existiert in Frankreich eine unabhängige Behörde, die mit der Aufsicht von Umfragen betraut ist. Ihre Mitglieder sind Richter aus dem „Conseil d'Etat“ und dem „Cour de Cassation“ und ihr sind die technischen Angaben zu allen Umfragen einzureichen. Zweck ist dabei, die effektive Durchfüh-

rung von einflussreichen Umfragen zu überprüfen. Diese Behörde ist allerdings mit keinen Vollstreckungsbefugnissen ausgestattet. Die Situation zeichnet sich in Deutschland wieder durch das Ausbleiben staatlicher Regulierung aus. Umfrageinstitute haben sich selbst über den Rat der deutschen Markt- und Sozialforschung reguliert.

Der Europawahl wurde eine Sitzung gewidmet, bei der das Fehlen eines europäischen Wahlrechts erörtert wurde, da die durch den Rat erlassenen gemeinsamen Regeln zur Durchführung der Europawahl sehr begrenzt sind und den Mitgliedstaaten einen weiten Gestaltungsspielraum gewähren. Aus dieser Sicht wurde es sogar hinterfragt, ob die Rede überhaupt von einer echten europäischen Wahl sein kann. Es wurde die Ansicht vertreten, dass Mitgliedstaaten die Europawahl weniger ernst nehmen als ihre Nationalwahlen, weil sie jeweils sehr unterschiedliche Regelungen treffen würden. Eine solche Geringschätzung der Europawahl und des Europaparlaments wurde in den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zur Sperrklausel in der Europawahl von 2011 und 2014 gesehen und von der französischen Referentin nachdrücklich kritisiert.

Die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften wurde auf dem Podium durch die Beiträge von Prof. Sommermann und PD Fraenkel-Haeberle vertreten. Prof. Sommermann trug zur Stellung der Wahl in einem sich wandelnden politischen System vor. Er verteidigte die Meinung, dass die Wahl ihre zentrale Stellung behalten wird, da sie stabile, entscheidungsfähige und ausgeglichene politische Systeme zu legitimieren und zu untermauern vermag. Dass gleichzeitig die repräsentative Demokratie eine Krise erlebe, sei eine verbreitete Diagnose. Angesichts neuer Rahmenbedingungen wie der Entstehung eines politischen Mehrebenen-Systems, dem Potenzial der Informationstechnologien und neuen wirtschaftlichen und sozialen Phänomenen wie dem Lobbyismus oder dem Einfluss großer transnationaler Konzerne müssten neue Wege zur Legitimationssteigerung gefunden werden. Dabei könne gegebenenfalls der Ausbau von Elementen direkter und partizipativer Demokratie helfen. Prof. Sommermann warb dafür, entsprechende Instrumente zu erproben, um die effektive Bereitschaft der Bürger zu politischer Mitwirkung zu ermitteln. Es sei allerdings darauf zu achten, dass die Entscheidungsprozesse nicht von aktiven Minderheiten dominiert werden und interessenselektive Argumente an die Stelle von Gemeinwohlerwägungen treten.

Frau Privatdozentin Fraenkel-Haeberle sprach zu den Verhältnissen von Lokal- und Nationalwahlen und Repräsentation. Sie beschäftigte sich mit der Mitwirkung territorialer Einheiten auf nationaler Ebene durch den Bundesrat in Deutschland und den Senat in Frankreich und Italien, und berichtete über die tiefgreifende bevorstehende Reform des italienischen Senats, wodurch eine verstärkte Verzahnung der Lokal- und Regionalpolitik mit der nationalen Politik sowie eine gesteigerte Entscheidungsfähigkeit der Legislative hergestellt werden sollen.

Andere behandelte Themen waren das Ausländerwahlrecht in beiden Ländern, neue Demokratie Modelle wie die von der Piratenpartei betriebene „liquid democracy“ oder die Wahlprüfung. Immer wieder kamen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern zum Vorschein. Beim Schlussbeitrag hieß es, dass in nicht wenigen Fällen Deutschland und Frankreich fast den gleichen Gipfel durch unterschiedliche Pfade erreicht haben.

Im Rahmen der Tagung wurde auch das demnächst erscheinende Werk „Französisches und deutsches Verfassungsrecht. Ein Rechtsvergleich“ vorgestellt. Das Buch wurde von fünf ehemaligen Doktoranden des deutsch-französischen Doktorandenkollegs, davon zwei Franzosen und drei Deutsche, mit dem Anspruch verfasst, neben der Zurverfügungstellung eines informativen Handbuchs auch einen soliden, rechtsvergleichenden Beitrag zu leisten, der nicht nur die sichtbaren Unterschiede zwischen den beiden Rechtsordnungen analysiert, sondern auch auf die ihnen zugrundeliegenden Vorstellungen eingeht. Prof. Capitani und Prof. Sommermann begrüßten das Werk als eine bedeutsame Frucht der weitergehenden wissenschaftlichen Kooperation durch das Doktorandenkolleg.

Schließlich wurde auch die neue permanente Online-Zeitschrift „L'actualité du droit allemand“ präsentiert. Sie wird sich mit verschiedenen Disziplinen des deutschen Rechts wie dem Verfassungsrecht, dem Verwaltungsrecht, dem Strafrecht, dem Zivilrecht oder dem Handelsrecht aus französischer Perspektive beschäftigen. Sie soll zu einem ständigen Treffpunkt für ehemalige Doktoranden des deutsch-französischen Kollegs werden. Sie wird ausschließlich online und in französischer Sprache erscheinen. Mehr Informationen unter www.droit-allemand.org.

Daniel Toda Castán

Verleihung des „Master of Public Administration“



Die feierliche Masterverleihung in der juristischen Bibliothek der TSU

Foto: Uni Speyer

Unter dem Dach des gemeinsamen Instituts für Verwaltungswissenschaften, dessen Mitglieder die Tbilisi State University (TSU), die georgische Regierung und die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer sind, wurde 17 Absolventen des Studiengangs „Public Administration“ am 3. April 2014 der Mastergrad verliehen.

Das zweijährige, interdisziplinäre Masterprogramm wurde 2009 von den damaligen Rektoren der beiden Partneruniversitäten Herrn Univ.-Prof. Dr. Giorgi Khubua und Herrn Univ.-Prof. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann zur Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften des öffentlichen Sektors Georgiens ins Leben gerufen. Die Dozenten für das in englischer Sprache stattfindende Studienprogramm stellen zu gleichen Teilen die TSU und die Universität Speyer. Ein Unterrichtsfach wird, soweit möglich, von jeweils einem georgischen und einem deutschen Dozenten gemeinsam vorbereitet und auch gelehrt. Für die Lehre hat man neben Professoren der Universität Speyer und der TSU auch Praktiker aus beiden Ländern gewinnen können. Unter ihnen ist unter anderem der ehemalige georgische Minister für Regionales und Infrastruktur, Herr Univ.-Prof. Dr. Davit Narmania, der zwischen-

zeitlich zum Bürgermeister der Stadt Tiflis gewählt wurde. Besondere Highlights des Studienprogramms stellen nach Ansicht der Studierenden das Pflichtpraktikum in der deutschen Verwaltung oder einer internationalen Organisation in einem EU-Mitgliedsstaat und die am Ende des Programms vorgesehene zweiwöchige Summer School an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer dar.

Die feierliche Masterverleihung in der juristischen Bibliothek der TSU wurde von dem Dekan der juristischen Fakultät der TSU, Herrn Univ.-Prof. Dr. Irakli Burduli, der auch wissenschaftlicher Koordinator des Studienprogramms von georgischer Seite ist, eröffnet. Im Namen der Deutschen Botschaft überbrachte Herr Dr. Guido Müntel die allerbesten Wünsche. Er machte auf der einen Seite deutlich, dass die Studierenden auf ihre Leistungen sehr stolz sein können; auf der anderen Seite die Erlangung des Mastertitels nur ein erster Schritt sei und dass aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Georgien auf sie, als zukünftige Entscheidungsträger, wichtige Aufgaben zukämen. Die Studierenden fühlten sich geehrt von der Aufmerksamkeit und der Anerkennung, die man ihnen aufgrund der erfolgreich absolvierten Studienleistungen entgegenbrachte.

Den Hauptteil der Feierlichkeit bildete ein Vortrag des akademischen Direktors des Instituts für Verwaltungswissenschaften, Herrn Univ.-Prof. Dr. Giorgi Khubua, zum Thema Gerechtigkeit. Herr Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann, wissenschaftlicher Koordinator des Studienprogramms auf deutscher Seite, sprach die interkulturellen Herausforderungen des Studienprogramms an. Er betonte besonders die Vorbildfunktion und die Verantwortung der Studierenden, die diese in künftigen Führungspositionen für die Reformen von Staat und Verwaltung übernehmen. Sein Dank galt auch Frau Tamar Berishvili und Frau Claudia Hipp, die die Umsetzung des Programms auf georgischer und deutscher Seite koordinieren und den Studierenden und Dozenten immer für Fragen zur Verfügung stehen. Auch die Studierenden selbst nutzten die Gelegenheit, sich bei den Organisatoren sowie der VolkswagenStiftung, die das Programm mit finanziellen Mitteln maßgeblich unterstützt, herzlich zu bedanken.

Der Abend klang mit einer Präsentation von Bildern, die die Studierenden als Erinnerung zusammengestellt haben, und einem feierlichen Empfang aus. Unter den Gästen befanden sich Studierende des aktuellen Jahrgangs sowie Absolventen aus dem ersten Jahrgang, Vertreter von Organisationen wie dem DAAD und der GIZ sowie die Dozenten aus dem Studienprogramm.

Aus der Arbeit des Instituts für Verwaltungswissenschaften in Georgien

Im Rahmen der Aktivitäten des Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Staatlichen Universität in Tiflis (TSU), dessen Mitglieder die TSU, die Universität Speyer und die georgische Regierung sind, ist ein Forum gegründet worden. Die erste Auftaktveranstaltung des Forums fand zu dem Thema „Reform der öffentlichen Verwaltung in Georgien: Herausforderungen und Perspektiven“ statt. Eingeladene Referenten waren Frau Dr. Ekaterine Kardava, Leiterin des Büros für den öffentlichen Dienst bei der Regierung Georgiens, Prof. Dr. Paata Turava, Leiter der Magisterschule an der Akademie des Innenministeriums Georgiens, Prof. Dr. Irakli Kobakhidze, Projektmanager bei UNDP, und Herr Gerhard Fuckner, bis vor Kurzem Abteilungsleiter im Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, der als Lehrbeauftragter für das gemeinsame Masterprogramm der beiden Partneruniversitäten vor Ort war. Nach der Eröffnung der Veranstaltung durch den akademischen Direktor des Instituts, Herrn Prof. Dr. Giorgi Khubua, und einem Grußwort des Dekans der Juristischen Fakultät, Herrn Prof. Dr. Irakli Burduli, diskutierte man rege mit Vertretern verschiedener Ministerien, Dozenten, Studenten, Vertretern internationaler Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit (GIZ, GEZA, UNDP) sowie NGOs wie dem Youth Parliament die weitere Entwicklung des öffentlichen Dienstes.

Besuch einer Delegation des Shanghai Administration Institute

Am 17. Juni 2014 besuchte eine chinesische Delegation des Shanghai Administration Institute (SAI) die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Frau Ass. iur. Ceren Yazar stellte das Führungskolleg Speyer in einer Präsentation vor und beantwortete Fragen zu diesem Format und zu Anforderungen an Führungskräfte in Deutschland. Die Thematik stieß auf großes Interesse, da am Shanghai Administration Institute

ebenfalls Weiterbildungen für Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung durchgeführt werden. Somit konnte das Thema aus interkulturell komparativer Perspektive diskutiert werden.

Im Anschluss hielt Frau Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber einen Vortrag zum Thema „CHANGE² - Innovative Konzepte für Politik und Verwaltung der Stadt

Mannheim“, auf welchen ebenfalls eine angeregte Diskussion folgte.



Besucherguppe des Shanghai Administration Institute

Foto: Uni Speyer

Weiterbildungsmaßnahmen mit chinesischen Beamten in Planung

Am 5. Juni 2014 wurde eine hochrangige Delegation des Department of Human Resources and Social Security of Guangdong, China, an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer empfangen.

Es wurde über eine zukünftige Kooperation im Rahmen von umfangreichen Weiterbildungsmaßnahmen verhandelt und ein Letter of Intent unterschrieben.



Unterzeichnung des Letter of Intent

Foto: Uni Speyer

18. Journée d'Études Franco-Allemande mit der ENA

Am 18. Juni 2014 fand der 18. gemeinsame Studientag mit der École Nationale d'Administration in Straßburg statt.

Neben dem persönlichen Austausch zwischen Speyerer Studierenden und Élèves der ENA stand die Arbeit in 12 Arbeitsgruppen, welche sich um Themen der deutsch-französischen und internationalen Zusammenarbeit drehten, im Mittelpunkt des Studientages. Die Arbeitsgruppen sollten weniger als Unterrichtseinheit fungieren, sondern vielmehr einen Rahmen zum interkulturellen Austausch darstellen. Leider fiel die Arbeitsgruppe „Beispiel eines Rechtsstreits in EU-Angelegenheiten“ aus, da die Referentin aufgrund des Streiks der französischen nationalen Bahngesellschaft nicht anreisen konnte. Von Speyerer Seite haben über 80 Studierende sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilgenommen.

Die wissenschaftliche Leitung hatten Dr. Fabrice Larat (ENA) und Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann (Universität Speyer) inne, welche während des Studientages die verschiedenen Arbeitsgruppen besuchten und während der abschließenden Zusammenkunft im Plenum ihre Beobachtungen zur interkulturellen Diskussions- und Verhandlungsführung resümierten. Im Anschluss konnten die neu geknüpften Kontakte bei einem Empfang sowie einer kurzen



Fotos: Uni Speyer



Stadtführung – zwei Élèves der ENA zeigten der Speyerer Gruppe die schönsten Ecken von Straßburg – vertieft werden.



Grundsätzlich kann der gemeinsame Studientag mit der ENA als voller Erfolg verbucht werden, was sich sowohl in den positiven Evaluationsergebnissen manifestiert, als auch am gesteigerten Interesse an Aufenthalten in frankophonen Ländern, welches das Akademische Auslandsamt verzeichnen konnte.

Delegationsbesuch aus Tiflis

Vom 19. bis zum 22. Juni 2014 hielt sich eine Delegation der Speyerer Partneruniversität in

dem Dekan der juristischen Fakultät und der Leiterin des „Department of Foreign Relations“, in Speyer auf. Neben dem bilateralen Austausch der verschiedenen in der Kooperation beteiligten Akteure, führte die Delegation Gespräche mit dem Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, sowie weiteren in die Kooperation involvierten Speyerer Professoren über den Status Quo und Entwicklungsmöglichkeiten der Kooperation. Unter anderem wurde betont, dass das Joint Master's Programme Public Administration sehr gut angenommen wird und weitergeführt werden soll. Der Rektor der TSU, Professor Vladimir Papava, hielt einen Vortrag zum Thema „Neoeconomics and Georgia's Experience of Post-Communist Economic Transformation“.



Gespräch der beiden Rektoren über Fachlektüre

Foto: Uni Speyer

Georgien „Staatliche Ivane Javakhishvili Universität Tbilisi (TSU)“, bestehend aus dem Rektor,

Delegation der KFW-Entwicklungsbank besucht die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Am 23. Juni 2014 besuchte eine Delegation der KFW-Entwicklungsbank die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer. Die Delegation bestand aus einem Team, das Good Governance und Dezentralisierungsvorhaben in Westafrika fördert. Das Portfolio umfasst Budgethilfen, Investitionen im Bereich Good Financial Governance und die Begleitung von Dezentralisierungsreformen durch die Förderung kommunaler Infrastruktur. Im Kontext der Dezentralisierung werden auch Ausbildungsstätten für Verwaltungspersonal in mehreren westafrikanischen Ländern unterstützt. Im Rahmen der Exkursion nach Speyer war die Delegation

an einem Perspektivenwechsel interessiert und wollte gerne mehr über den Auftrag der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, deren Angebotsspektrum sowie über die verschiedenen Akteure und Systeme der verwaltungsbezogenen Aus- und Weiterbildung in Deutschland erfahren. Dr. Klauspeter Strohm erfüllte diesen Informationsbedarf mittels einer Präsentation zu besagten Themen und einer Campus-Führung und stand ebenso für Fragen zur Verfügung wie die Leiterin des Akademischen Auslandsamts, Kirstin Reinke, die zu aktuellen Themen der Internationalisierung Auskunft gab.

Delegationsbesuch aus der Provinz Hubei, China

Am 25. Juli 2014 besuchte eine Delegation der Verwaltungsakademie der Provinz Hubei in China die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften. Kirstin Reinke, die Leiterin des Akademischen Auslandsamts, empfing und begleitete die Gruppe. Ziel des Besuchs war es, das Profil der Universität Speyer besser kennenzulernen, da die beiden Einrich-

tungen in ihren Aufgaben und Zielsetzungen



Foto: Uni Speyer

durchaus Parallelen aufweisen und sich somit eine engere Zusammenarbeit anbieten würde. Besonders Interesse zeigte die Gruppe an der Thematik der Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in der Verwaltung sowie an den Forschungsaktivitäten der Universität.

Ausflug mit internationalen Hörerinnen und Hörern

Am 18. Juli 2014 führte das Akademische Auslandsamt eine deutschlandkundliche Exkursion mit den internationalen Studierenden sowie mit interessierten deutschen Studierenden durch. Im Kloster Eberbach in Eltville wurde in einer Führung zur Wirtschaftsgeschichte die ökonomische Bedeutung des seit Beginn des

19. Jahrhunderts säkularisierten Klosters herausgestellt. Unter anderem wurden hier neue Formen des Weinbaus und der Kelterei angewendet und es entwickelten sich bereits im Mittelalter und der frühen Neuzeit Managementformen, wie sie heute noch in modernen Unternehmen zu finden sind. Des Weiteren

wurde das Freilichtmuseum in Bad Sobernheim besichtigt, wo im Rahmen einer Führung das Leben früherer Jahrhunderte in Rheinland-Pfalz erläutert wurde, ebenso wie Grundstrukturen dörflicher Organisation, Schulbildung und Handwerk.



2. Speyerer Alumnitag

Innovationswerkstatt Speyer – Neues aus Recht, Wirtschaft und Verwaltung

Unter dem Motto „Innovationswerkstatt Speyer – Neues aus Recht, Wirtschaft und Verwaltung“ trafen sich zahlreiche Absolventinnen und Absolventen, Lehrende sowie Hörerinnen und Hörer des laufenden Semesters an einem sonnigen Samstag zum 2. Speyerer Alumnitag auf dem Speyerer Campus.

Nach der Begrüßung durch den Rektor der Universität, Univ.-Prof. Dr. Joachim Wieland, und einleitenden Worten der beiden Alumnireferentinnen Wiebke Butz und Julia Michels stellte und beant-

sich mit „Beschaffungscontrolling in der öffentlichen Verwaltung“, Thomas Scheidt mit der „Modellierung politischer Risiken bei langfristigen Kraftwerksinvestitionen“ und Friederike Urban ging der Frage nach, welche Vorstellung die Generation Y vom zukünftigen Berufsleben hat.

Nach einer stärkenden Kaffeepause folgte der Fachvortrag von Univ.-Professor Dr. rer. pol. Holger Mühlkamp (Lehrstuhl für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre) zur „(Un-)Wirtschaftlichkeit öffentlicher Projekte unter besonderer Berücksichtigung der Elbphilharmonie Hamburg“, dem sich eine angeregte Diskussion anschloss.

Generationenübergreifend wurde es dann bei der von Univ.-Prof. em. Dr. phil. Rudolf Fisch (Empirische Sozialwissenschaften) moderierten Alumnirunde. Hier berichteten Absolventen aus 6 (!) Jahrzehnten über ihre ganz persönlichen Erfahrungen an der Universität – mit Lehrenden, der Hörerschaft, von so manchen Ereignissen und Erlebnissen und den nachhaltigen



wortete Herr Univ.-Prof. Dr. iur. Ulrich Stelkens (Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere deutsches und europäisches Verwaltungsrecht) in seinem Fachvortrag die Frage: „Stärkung des ‚Verfahrensgedankens‘ durch EU-Recht: Wahrheit oder Legende?“

Im Anschluss hatten in einer Kennenlernrunde Masterstudierende die Möglichkeit, in kleinen Gruppen ihre Abschlussarbeiten vorzustellen und zu diskutieren.

So berichtete Kim Bauer über die „Entwicklung eines Messinstruments für die Wirkung von internationalen Personalentsendungen auf Gemeinschaften in Schwellenländern“, Sophie Etzkorn untersuchte „Kommunale Spielräume bei der Verwirklichung von Bildungsgerechtigkeit“, Marius Herr ging auf „Grundfragen eines ‚Recht auf Vergessenwerden‘ im Internet“ ein. Diskutiert wurde mit Philipp Lampelsdorfer über eine „Untersuchung des Einflusses von Koalitionsregierungen auf die Gestaltung von Bundeshaushaltsplänen“, Sarah Knörzer beschäftigte



Fotos: Uni Speyer

Auswirkungen auf ihren weiteren Berufs- und Lebensweg: Otto Fell, *Stadtdirektor a. D.*, Prof. Jochen Dieckmann, *Staatsminister a. D.*, Matthias Leckel, *Präsident des BAIUDBw*, Harald Walther, *Richter am Amtsgericht Rüsselsheim*, Prof. Dr. iur. Peter Maria Münster, *FB Strafvollzug an der Fachhochschule für Rechtspflege NRW*, Ferdinand Eggert, *Jurist. Vorbereitungsdienst im Landgerichtsbezirk Kiel*.

Studium und Aufenthalt in Speyer haben sich gelohnt – war das übereinstimmende Fazit, verbunden

mit der Empfehlung an die Anwesenden, die Möglichkeiten und Angebote an der Universität zu nutzen.

„Aspekte des Risikomanagements – immer wieder Neues aus Speyer?“ lautete der sich an diese Runde anschließende Fachvortrag von Professor Dr. rer. publ. Gunnar Schwarting (Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz a. D.).

Burkhard Margies vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer fesselte zum Abschluss mit seinem Fachvortrag „Kann ‚Amtsdeutsch‘ allgemein verständlich sein“ die Aufmerksamkeit der Anwesenden, bevor Hörersprecherin Melanie Schulz das Abendbuffet eröffnete und damit nach einem informativen und spannenden Tag zum gemütlichen Ausklang überleitete.

Ein Ziel der seit 2013 intensivierte Alumniaktivitäten der Universität ist, Ehemalige verstärkt untereinander zu vernetzen, die Bindung zur Universität zu festigen, den Austausch zu fördern und gleichzeitig Kontakt mit den noch immatrikulierten Hörerinnen und Hörern zu ermöglichen.

Der 2. Speyerer Alumnitag wurde daher in enger Kooperation mit der Hörschaft der Universität, insbesondere den beiden Alumnireferentinnen Wiebke Butz und Julia Michels organisiert, die mit viel Engagement, Ausdauer und Ideenreichtum einen großen Anteil am Gelingen dieses Tages hatten. Darüber hinaus organisierten beide für alle, die bereits am Vortag nach Speyer anreisten, unter der bewährten Leitung der kath. Hochschuleseelsorgerin Luise Gruender eine Führung im Speyerer Dom mit anschließender Weinprobe.

Über Fachvorträge von an der Universität und dem Forschungsinstitut Lehrenden und Forschenden, Einblicke von Masterstudierenden in ihre Abschlussarbeiten bis hin zu einer moderierten, generationenübergreifenden Alumnirunde, jeweils unterbrochen durch Pausen zum Kennenlernen, zur Diskussion und zum Austausch – dieser 2. Alumnitag war ein Kaleidoskop unterschiedlicher Formate.

Dies war nur möglich dank des Engagements der hieran Beteiligten allen voran der beiden Alumni-Referentinnen, denen der Rektor neben allen übrigen Beteiligten ausdrücklich Dank sagte.

Der Termin für einen nächsten Alumnitag wird rechtzeitig auf den Internetseiten der Universität

und per E-Mail an die Mitglieder der Alumnidatenbank mitgeteilt werden.

Kennen Sie eigentlich schon das Alumni-Netzwerk der Universität?

Ein Ziel der Alumniaktivitäten der Universität ist, Ihnen eine Möglichkeit und Plattform zu bieten, Verbindungen aufrecht zu halten und sich darüber hinaus jahrgangsübergreifend zu vernetzen. Gleichzeitig möchten wir natürlich mit den Hörerinnen und Hörern auch nach Ende ihrer Speyerer Zeit in Kontakt bleiben.

Das derzeit wichtigste Instrument hierfür ist unsere kostenlose, passwortgeschützte Alumni-Datenbank, welche Ihnen grundsätzlich zur Verfügung steht, nachdem Sie die Universität verlassen haben. Sie finden den Link auf den Internetseiten der Universität unter <http://www.uni-speyer.de/Studium/alumni.htm>.

Wer neu in die Datenbank aufgenommen werden möchte, findet hier auch den Link zu der hierfür erforderlichen Einverständniserklärung –

die im Übrigen auch für Änderungsmitteilungen genutzt werden kann.

Die Datenbank ermöglicht Ihnen Abfragen nach Nachname, Dienst- und Wohnort oder Semester, enthält je nach erteilter Freigabe dienstliche und / oder private Kontaktdaten.

Fragen und Hinweise zu Eintragungen in der Datenbank bitten wir direkt an Frau Barbara Schneider vom Alumni-Büro zu richten (E-Mail: bschneider@uni-speyer.de, Tel. 06232/654-205, Fax 06232/654-446).

Wir werden immer wieder gefragt: Wie kann ich mich ohne großen Aufwand als Einzelne / als Einzelner engagieren?

Indem Sie sich in die Datenbank aufnehmen lassen und uns Änderungen Ihrer Daten zeitnah mitteilen.

Indem Sie Kolleginnen und Kollegen, Bekannte, Nachbarn, die ebenfalls in Speyer waren, über das Alumni-Netzwerk und die Datenbank informieren. Gerne stellen wir Ihnen hierfür auch den oben abgebildeten, gedruckten Flyer zur Verfügung.

Indem Sie mit uns in Kontakt bleiben, uns Ihren Bedarf, Ihre Ideen, Anregungen, Wünsche mitteilen, mit uns in Dialog treten.

Das Netzwerk kann und wird wachsen – mit und dank Ihrer Hilfe und Unterstützung!





XI. Führungskolleg Speyer

Mit einer feierlichen Eröffnung im historischen Ratssaal der Stadt Speyer begrüßte der wissenschaftliche Leiter des Führungskollegs Speyer Univ.-Prof. Dr. *Hermann Hill* im Februar 2014 die KollegiatInnen



Feierliche Eröffnung des XI. FKS im historischen Ratssaal der Stadt Speyer. Links: Präsident der BAKöV Dr. Alexander Eisvogel bei der Eröffnungsrede
Fotos: FKS

azum neuen und XI. Kurs des Führungskollegs Speyer (FKS). Nach den Grußworten des Oberbürgermeisters der Stadt Speyer *Hans-Jörg Eger* sowie des Prorektors der Universität Speyer Univ.-Prof. Dr. *Holger Mühlkamp* gratulierte der Vorsitzende des Ständigen Arbeitskreises des FKS, Ministerialrat *Go-dehard Elsner*, den neuen Kollegiaten zur Teilnahme

tige Führungskräfte – Führung 2.0“. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, dass die Anforderungen entscheidend davon abhängen würden, wie sich die Gesellschaft der Zukunft darstellt und gestaltet.

Rasante Veränderungen erfassen fast alle Lebensbereiche, so auch die öffentliche Verwaltung. Diesen Wandel beschrieb Dr. *Eisvogel* mit den Oberbegriffen Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel. Kommunikative und soziale Fähigkeiten, Empathie, prozessorientiertes und vernetztes Denken, Teamfähigkeit und Arbeiten in unterschiedlichen Netzwerken seien für die erfolgreiche Wahrnehmung von Führungsaufgaben daher unerlässlich. Entsprechend forderte Dr. *Eisvogel*, dass dies bei

der Auswahl von Führungskräften und daran anschließend bei der Fort- und Weiterbildung berücksichtigt werden müsse.

Musikalisch umrahmt wurde die Eröffnungsfeier durch das Duo bestehend aus *Mathias Debus*, Kontrabass, und *Moritz Erbach*, Klavier.



Die KollegiatInnen des XI. Führungskollegs Speyer

am XI. Führungskolleg Speyer und unterstrich die Bedeutung des Besuchs des FKS in beruflicher, aber auch privater Hinsicht. Dr. *Alexander Eisvogel*, Präsident der Bundesakademie für Öffentliche Verwaltung, Brühl, widmete seinen anschließenden Festvortrag dem Thema „Anforderungen an zukünf-

Schwerpunkt der ersten Kurswoche war das Thema „Führen“. Traditionell dient die erste Kurswoche des FKS zum einen dem Kennenlernen und Einstimmen auf den neu begonnenen Kurs, zum anderen sollen sich die KollegiatInnen intensiv mit dem Schwerpunktthema auseinander zu setzen. Neben verschiedenen Workshops und Impulsvorträgen erfolgte eine Einführung in das Thema „Führung der eigenen Person“ und in das Instrument der Kollegialen Beratung. Die KollegiatInnen behandelten

außerdem unter anderem das Thema „Führung der Generation Y“ und erhielten bei einem Abendvortrag des Sportpsychologen Prof. Dr. *Jan Mayer*, Coaching Competence Cooperation Rhein-Neckar, Schwetzingen, Einblicke in die Welt der sportpsychologischen Betreuung von Nationalmannschaften.



In Workshops und Gesprächen mit Referenten vertieften die KollegiatInnen des FKS XI das Schwerpunktthema „Führen“

Zum Ende der Kurswoche diskutierten die Teilnehmer in einem als „Speed Dating“ konzipierten Workshop mit Führungskräften aus der Privatwirtschaft über Herausforderungen an Führungskräfte, die Führungspraxis und Führungserfahrungen sowie die Unterschiede zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Als Referenten standen hierfür unter anderem Dr. *Hubert Vogt*, Accenture GmbH, München, *Bernd Simon*, SAP Deutschland AG & Co. KG, Walldorf, und *Heiner Fels*, Lufthansa, Frankfurt, zur Verfügung.

Die zweite Kurswoche im März 2014, die ebenfalls in Speyer stattfand, hatte den Schwerpunkt „Kommunikation“. Die KollegiatInnen sollten die verschiedenen Facetten von Kommunikation, vom persönlichen Auftritt über die Kommunikation mit MitarbeiterInnen bis hin zur Unternehmenskommunikation und Verwaltungskommunikation erfahren und vertiefen. Zu diesem Thema wurden neben einer Kamera-Schulung mit praktischen Übungen



Rechtsanwalt Dr. Markus Altenkirch leitete einen Workshop zum Thema „Verhandeln“

durch Referenten des SWR noch drei weitere ganztägige Workshops angeboten. Wie auch im FKS X nahmen die KollegiatInnen an einem Workshop mit *Burkhard Margies* zum Thema „Behördensprache – Klar und verständlich“ teil. Am Abend hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, in einem Gespräch und Mini-Workshop mit Prof. Dr. *Jürgen Strube*, dem ehema-

ligen Vorsitzenden des Vorstandes und des Aufsichtsrats der BASF AG, Ludwigshafen am Rhein, in verschiedenen Rollen und unter authentischen Bedingungen das Thema „Führung eines Unternehmens“ zu erleben. Am dritten Tag bot das FKS den KollegiatInnen einen Workshop zum Thema „Konstruktiver Umgang mit Konflikten für Führungskräfte“ an. Ein weiterer Workshop zum Thema „Social Business“ mit einem Referenten von IBM sollte den KollegiatInnen neue Möglichkeiten zur internen Kommunikation über neue Medien aufzeigen und die Gelegenheit zu praktischen Übungen bieten. Em. Prof. Dr. *Rudolf Fisch* führte die KollegiatInnen in das Instrument des sog. Multidirektionalen Feedbacks zur Führung und Zusammenarbeit ein. Mit einem dynamischen Highlight zum Schluss endete die zweite Kurswoche des FKS: In einem Workshop mit dem jungen Rechtsanwalt Dr. *Markus Altenkirch*, Baker & McKenzie, Frankfurt a. M., lernten und wendeten die KollegiatInnen anhand von zwei Simulationen verschiedene Verhandlungsmethoden an.

Eine der wichtigen Eigenschaften erfolgreicher Führungskräfte besteht darin, strategisch zu denken und zu handeln, das heißt, eine langfristige, ganzheitliche und wertorientierte Perspektive einzunehmen und in diesem Lichte das Wichtige von weniger Wichtigem zu unterscheiden. Dem Schwerpunktthema „Strategie“ widmete sich daher die dritte Kurswoche des FKS im Mai 2014. Die Kurswoche bot drei ganztägige Workshops zur Entwicklung und Gestaltung von Strategieprozessen in Organisationen sowie bei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und zur Entwicklung einer Achtsamkeitskultur an, bei denen strategisches Denken geübt wurde. Referenten waren Dr. *Reinhart Nagel*, osb International Consulting AG, Wien, Dr. *Annette Gebauer*, Berlin, außerdem *Christina Tillmann* und *Silke Reinhardt*, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Hinzu kamen Praxisbeispiele zu verschiedenen strategischen Methoden und Instrumenten aus dem Bereich der Kommunen, des Bundes, der Bundesagentur für Arbeit, der Länder sowie der Bundeswehr. Für diesen Erfahrungsaustausch standen als Referenten u.a. *Christian Hüber*, Leiter Strategische Steuerung der Stadt Mannheim, *Engelbert Beyer*, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin, *Dr. Roland Deinzer*, Leiter Unternehmensentwicklung und strategisches Controlling, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, *Max Munding*, Präsident des Rechnungshofs Baden-Württemberg, Karlsruhe, sowie Oberst i. G. *Dr. Michael A. Tegtmeier*, Bundesministerium der Verteidigung, Berlin, zur Verfügung.



Der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz (2. v. r.) im Gespräch mit den KollegiatInnen des XI. FKS

Schwerpunkt der vierten Kurswoche im Juli 2014 in Hannover und der Freien und Hansestadt Hamburg war das Thema „Reformen“. Ziel dieser Kurswoche war es, den Inhalt und Verlauf aktueller Reformprojekte, insbesondere neben der Landes- und Kommunalentwicklung und der Polizeireform in Niedersachsen auch die Transparenzgesetzgebung in Hamburg zu analysieren. Für die Kurswoche konnte das FKS mit dem Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg *Olaf Scholz* und dem Innenminister des Landes Niedersachsen, *Boris Pistorius*, sowie dem Regionspräsidenten der Region Hannover, *Hauke Jagau*, wieder renommierte Persönlichkeiten als Gesprächspartner gewinnen. Der Kurstag in Hamburg endete mit einem beeindruckenden Vortrag des Projektleiters Elbphilharmonie zum Thema „Steuerung eines komplexen Großprojekts am Beispiel der Elbphilharmonie Hamburg“. Traditionell sind ehemalige KollegiatInnen aus früheren Kursen eingeladen, an der in Ihrem Land stattfindenden auswärtigen Kurswoche teilzunehmen. Bei einem gemeinsamen Mittagessen der aktuellen

Kursteilnehmer mit ehemaligen Kollegiaten aus Hamburg gab es daher die Gelegenheit zu einem Kennenlernen und Austausch mit den KollegiatInnen. Als weiterer Referent in Hannover stand u.a. *Prof. Dr. von Mitschke-Collande*, Leibniz Universität Hannover, für einen Workshop zum Thema „Management von Veränderungen in Zeiten demographischen und digitalen Wandels“ zur Verfügung.

Die fünfte Kurswoche im September 2014 fand wieder in Speyer statt. Schwerpunktthema der gesamten Kurswoche war „Führung und Zusammenarbeit“. Die KollegiatInnen nahmen dazu an zwei ganztägigen Workshops zu den Themen „Delegieren“ und „Teambildung und Teamführung“ teil. In einem dritten – halbtägigen – Workshop behandelten die Teilnehmer das Thema „Stärkenfokussierte Führung“.

Ebenfalls in dieser Kurswoche fand das alle zwei Jahre wiederholte Follow-Up-Treffen der aktuellen und ehemaligen KollegiatInnen des FKS statt. Dem Wunsch der KollegiatInnen entsprechend, auch Führungskräfte aus Nicht-regierungsorganisationen und 3. Sektor-Organisationen kennenzulernen, konnte das FKS als Referenten den Vorsitzenden des Deutschen Roten Kreuzes *Clemens Graf von Waldburg-Zeil* zum Thema „Führung des Deutschen Roten Kreuzes und Zusammenarbeit mit anderen Organisationen“, sowie die Präsidentin der Welthungerhilfe und ehemalige Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn *Bärbel Dieckmann* zum Thema „Führung einer NGO und der Bundesstadt“ für Vorträge gewinnen. Außerdem referierte der Vorsitzende der Unternehmensleitung von Boehringer Ingelheim GmbH, *Prof. Dr. Dr. Andreas Barner*, der gleichzeitig Präsident des Evangelischen Kirchentags und Präsident des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft e. V. ist, zum Thema „Führung in unterschiedlichen Kontexten“, ferner *Sabine Bendiek*, Geschäftsführerin der EMC Deutschland GmbH, Schwalbach/Taunus, zum Thema „Transformation in der IT-Branche – Anforderungen an die Führung“, sowie *Harald Preissler*, Die Denkbank, Berlin, zum Thema „Denken auf Vorrat – Zukunftsgestaltung mit Szenarien“. Die TeilnehmerInnen des Follow-Up-Treffens nutzten die vielen Gelegenheiten zu interessanten Diskussionen. Mit dem Follow-Up-Treffen beendeten die KollegiatInnen des FKS XI eine arbeitsintensive und abwechslungsreiche Kurswoche.

Krankenversicherung der Zukunft: Zwischen Finanzdilemma und Rationierung

16. Speyerer Gesundheitstage

„Alter ist nichts für Feiglinge“ – mit dieser Erkenntnis ist der jüngst verstorbene Schauspieler und Moderator *Joachim Fuchsberger* in Buchform an die Öffentlichkeit getreten. Und in der Tat sprechen wir künftig von anderen 85jährigen als früher; sie leben nicht nur länger – auch ihre gesundheitliche Versorgung wird kostspieliger und sie scheint gefährdet. Die demografische Entwicklung zeitigt deshalb auch in der Gesetzlichen Krankenversicherung ihre Folgen. Dabei ist nicht nur von Rückwirkungen auf die Finanzierung der Leistungsseite zu reden; ebenso stellen sich Fragen der Vertretbarkeit von Rationierung und Priorisierung bei den Versorgungsleistungen.

Über beide Problemkreise diskutierten vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung über 100 Teilnehmer/innen auf den 16. Speyerer Gesundheitstagen vom 3. bis 4. April 2014 aus ethischer, politischer, rechtlicher und ökonomischer Sicht. Der nötige Sachverstand sah sich durch die gemeinsame Veranstaltung der Fortbildungstagung mit dem Landesverband Mitte der Betriebskrankenkassen, der Landwirtschaftlichen Krankenkasse und der Knappschaft gewährleistet. Die noch überschaubare Teilnehmerzahl ermöglichte eine sehr gute und diskursiv unterstützte Vermittlung aktueller Finanzierungs- bzw. Leistungsprobleme in Gesundheitspolitik und Gesundheitsrecht für eine alternde Gesellschaft.

Zur Einführung legte aus ökonomischer Sicht Prof. Dr. V. *Ulrich* von der Universität Bayreuth aus ökonomischer Perspektive dar, dass maßgeblicher Kostentreiber für Gesundheitsleistungen nicht lediglich das Alter der Patienten/innen sei. Erst die Nähe zum Tod lasse die Kosten explodieren. Feststellungen wie diese ließen bei der Versorgung dann Fragen nach deren Effizienz auftreten, die zu behandeln seien, ohne dass dies als unethisch gebrandmarkt werden dürfe. In diesem Zusammenhang verwies der Referent auf die Fehlanreize der derzeitigen Vergütungssysteme, die auf Mengenausweitung in allen Bezügen hinausliefen, in denen sich wirtschaftlicher Gewinn niederschläge. Die Zuhörer/innen wurden an die übermäßigen Hüftoperationen ebenso erinnert wie an die ausufernde medizinische Versorgung bei Knieproblemen.

In dieselbe Kerbe schlug *F. Knieps*, Vorstand des Dachverbandes der Betriebskrankenkassen in Deutschland. Er wolle Priorisierung und Rationierung nicht als Königswege zur Sicherung der Finan-

zierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung betrachten. Allerdings räumte er ein, dass es mehr oder weniger entsprechender ökonomischer Steuerungsinstrumente bedürfe. Abwägungen in der Versorgungssteuerung seien deshalb erforderlich. Er sah sich in seinem vorsichtigen Herangehen an die Frage der gerechten Zuteilung von Gesundheitsleistungen unter Anerkennung unterschiedlicher Bedarfe von Prof. Dr. Dr. *H. Raspe* unterstützt, der unter „Rationierung“ das systematische Vorenthalten medizinisch indizierter Leistungen aus Knappheitsgründen verstanden wissen wollte, um eine gerechte Zuteilung bei Anerkennung unterschiedlicher Bedarfe zu ermöglichen. „Priorisierung“ sei dagegen die Feststellung einer Rangfolge von Gesundheits- und Versorgungszielen oder auch Untersuchungs- und Behandlungsmethoden. Deren Anwendung sei bereits in Skandinavien ein durchgehend verfolgter Ansatz, etwa bei der Raucherentwöhnung: Hier hätten entsprechende Verfahren gute Gründe dafür aufgewiesen, Schwerkranke hinten an zu stellen, die „Leicht-Erkrankten“ dagegen vorrangig zu behandeln.

A. Schweitzer, Gesundheitsminister in Rheinland-Pfalz, hielt das Thema dagegen nicht für dringlich. Da wir nicht vor einem Kollaps unseres Gesundheitssystems ständen, warnte er ungeachtet des demografischen Wandels und technischen Fortschritts vor einer Dramatisierung der Situation. Radikale Interventionen wie Rationierung oder Priorisierung seien nicht erforderlich. Zudem sei die Frage, ob sich beide auch ethisch überhaupt vertreten ließen. Der Mitveranstalter aus der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. *R. Pitschas* hielt dagegen, dass aus verfassungsrechtlicher Sicht geboten sei, das Krankenversicherungssystem umzubauen, um es zukunftsicher zu machen. Er beleuchtete in seinem Referat die grundrechtlichen Schranken einer solchen Priorisierung und Rationierung in der medizinischen Versorgung, faktisch existiere nämlich bereits eine Mängelverwaltung. Der Referent warnte davor, die Ärzte am Krankenbett mit der Entscheidung darüber allein zu lassen, wer welche medizinischen Leistungen in welchem Alter erhalte und wer nicht. Unvermeidliche „Zuteilungsentscheidungen“ müssten auf der Grundlage rechtstaatlich-demokratisch legitimer Verteilungskriterien getroffen werden. Bei Ressourcenknappheit seien aber zunächst alle Mög-

lichkeiten der Rationalisierung auszuschöpfen. *Pitschas* gab deshalb die Devise aus, Rationalisierung statt Priorisierung und Rationierung als verfassungsgemäße Ziele zu verfolgen.

Aus der Rechtspraxis der Sozialgerichtsbarkeit folgte dem in den großen Linien auch der Vorsitzende Richter am Hessischen Landessozialgericht, Dr. *R. Schuler*. Er stellte fest, immer häufiger sei es Aufgabe der Sozialgerichte bei Menschen mit geringem Einkommen, das „medizinische Existenzminimum“, also die verfassungsrechtliche Grenze von Rationierung und Priorisierung festzulegen. Er schloss in seinen Ausführungen vor allem an das sog. Nikolaus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2005 an.

Die Aussagen und Thesen der Referenten in der Begegnung von Ökonomie, Rechtsprechung, Rechtswissenschaft und Gesundheitspraxis führten zu zahlreichen intensiven Diskussionen. Diese wurden von der Grundfrage beherrscht, welche medizinische Versorgung wir uns künftig noch leisten können.

Sie wird in der Antwort durch den demografischen Wandel und den medizinischen Fortschritt beeinflusst. „Knappe Ressourcen – steigender Versorgungsbedarf“ war deshalb der thematische Rahmen, der auch die Diskussionen zwischen den Veranstaltern der Tagung bestimmte.

Die 16. Speyerer Gesundheitstage haben damit ein weiteres Mal ihre Ziele erreicht. Es ging darum, den Teilnehmern/innen die Finanzierungsprobleme der Gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland und inmitten der Europäischen Gemeinschaft näher zu bringen und vor allem dabei heikle Themen anzusprechen. Erkennbar wurde der dringende Bedarf nach einem Umbau des Krankenversicherungssystems. Die dafür unterschiedlichen Ansätze, zu denen auch die Sicherung der Finanzierung durch Priorisierung und Rationierung der Gesundheitsleistungen zählen könnten, bestätigen die Eingangsthese von *Fuchsberger*: „Alter ist nichts für Feiglinge!“

R. P.

Zukunftsfähiges Beteiligungsmanagement: Chancen für Städte und Kommunen sowie Bund und Länder

2. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance

Über 100 Teilnehmer folgten am 28. und 29. April 2014 der Einladung von Univ.-Prof. Dr. Michèle Morner und Univ.-Prof. Dr. Ulf Papenfuß zur 2. Speyerer Public Corporate Governance Tagung, um sich über aktuelle Herausforderungen eines zukunfts-fähigen Beteiligungsmanagements auszutauschen und Anregungen für die eigene Praxis einzuholen.

Den Auftakt der Tagung machte der Präsident der Bundesfinanzakademie im Bundesministerium der Finanzen, Dr. Heller, mit einer gelungenen Eröffnungsrede über seine Erfahrungen und die Perspektiven der Steuerung öffentlicher Unternehmen und Beteiligungen. Daran anschließend diskutierten Vertreter aus Vorstand, Aufsichtsrat und Wissenschaft im Zuge einer Podiumsdiskussion über die Herausforderungen eines zukunftsgerichteten Beteiligungsmanagements im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Aufgabenerfüllung und Haushaltskonsolidierung.

So referierten Dr. Hoschek (Vorstandsmitglied der HEAG Holding AG) und Prof. Dr. Löschke (Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bahn AG und Auf-

sichtsratsvorsitzender des Uniklinikums Leipzig) über ihre Erfahrungen im Bereich Beteiligungsmanagement. Prof. Dr. Lenk (Vorstand des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsversorgung e. V.) gab in seinem Vortrag zusätzliche Impulse aus der Wissenschaft. Weitere wertvolle Erkenntnisse zur Einbindung öffentlicher Unternehmen in die Haushaltskonsolidierung lieferte die Rede von Herrn Gusovius als stellvertretender Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen.

Für die Grundsatzrede der diesjährigen Tagung haben sich die Veranstalter gefreut Prof. Dr. Scheffler gewinnen zu können, der als Fachexperte par excellence über das Deutsche Corporate Governance System referierte und Anknüpfungspunkte für den öffentlichen Sektor bot: Er stellte Corporate Governance als „Korpulente Gouvernante“ dar, die massive Erziehungsmaßnahmen erfordere.

Aus den Vorträgen der Referenten und den zahlreichen Diskussionsbeiträgen – die auch in diesem Jahr von Rudolf X. Ruter moderiert wurden – kristallisier-

ten sich drei wesentliche Aspekte für ein erfolgreiches und zukunftsgerichtetes Beteiligungsmanagement heraus, die zugleich darauf ausgerichtet sind, einen Beitrag zu den am Gemeinwohl orientierten Wirkungszielen zu leisten:

Zunächst stellte sich die Frage, wo das Beteiligungsmanagement innerhalb der öffentlichen Ver-

waltung verortet sein soll. Eine Vielzahl von Praxisbeispielen von Beteiligungsvertretern der Städte Essen (Dr. Schwefer), Frankfurt am Main (Herr Scheider), Köln (Herr Höller, vertr. durch Herrn Kleine) und Neuss (Herr Gensler) bot den Tagungsteilnehmern einen breiten Einblick in mögliche Lösungswege. Als besonders erfolgsversprechend erwies sich eine Mischlösung. Das heißt, zentralisierbare Aufgaben sind in einem Stab oder einer Abteilung beim Kämmerer oder dem Bürgermeister angesiedelt und beteiligungsspezifische Aufgaben werden wegen des dort verorteten fachlichen Know-hows von den Fachdezernaten erbracht.

Den zweiten Aspekt erfolgreichen Beteiligungsmanagements stellt die Vergütung von Geschäftsführern öffentlicher Unternehmen dar. Mit variablen Vergütungsbausteinen kann die Geschäftsführung hinsichtlich der Erreichung zuvor vereinbarter Ziele entlohnt werden. Moderne Management-Systeme, wie etwa die Balanced Scorecard, bilden einen effektiven Weg zur nachhaltigen Messung, Dokumentation und Steuerung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen. Dr. Schwefer (Fachbereichsleiter des Beteiligungsmanagements der Stadt Essen) veranschaulichte, wie ein solch komplexes Management-System umsetzbar ist. Univ.-Prof. Dr. Morner und Univ.-Prof. Dr. Papenfuß stellten den „Sinn und Unsinn variabler Vergütung für die öffentliche Aufgabenerfüllung“ zur Diskussion. Dabei warnten sie insbesondere davor, den Zielerreichungsgrad kurzfristiger und leicht messbarer Ziele als Bewertungsgrundlage heranzuziehen, wenn diese durch eine



110 Teilnehmer folgten dem Auftaktvortrag in der Aula der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Foto: Uni Speyer

falsche Anreizsetzung die intrinsische Motivation verdrängen können.

Schließlich wurde thematisiert, wie sich Aufsichtsratsposten bei öffentlichen Unternehmen attraktiver gestalten lassen. Die Diskussion zeigte, dass Aufsichtsratsmitglieder uneinheitlich vergütet werden. Es existieren nicht nur Unterschiede zwischen den Gebietskörperschaften sondern auch innerhalb des Aufsichtsrates selbst. Darüber hinaus können für Aufsichtsratsmitglieder große finanzielle Risiken entstehen, falls Organ- oder Managerhaftpflichtversicherungen fehlen und folglich den Aufsichtsratsposten unattraktiv machen. Auch hier zeigen Forschungsergebnisse, dass durch eine adäquate Auswahl von Aufsichtsratsmitgliedern sowie der Verwendung nicht-monetärer Anreize die Motivation zur Aufnahme solcher Aufsichtsratsmandate gesteigert werden kann.

Die Speyerer Tagungsreihe zu Public Corporate Governance etabliert sich zunehmend zu einer wichtigen Plattform für Wirtschaft und Wissenschaft. Es zeigt sich, dass sich anhand von Good-Practice-Beispielen einzelner Gebietskörperschaften und der wissenschaftlichen Diskussion innovative und praxisnahe Konzepte, Methoden und Instrumentarien identifizieren lassen.

Die 3. Speyerer Tagung zu Public Corporate Governance wird vom 13. bis 14. April 2015 stattfinden.

6. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens fanden am 18. und 19. September 2014 zum sechsten Male die Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrecht an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer statt.

Die in Deutschland einzigartige Tagung zu Themen des Friedhofs- und Bestattungsrechts bot auch in diesem Jahr ein Diskussionsforum zu aktuellen rechtlichen und praktischen Fragestellungen des Friedhofs- und Bestattungswesens. Insgesamt rund 105 Teilnehmer aus den Bereichen Justiz, Landes- und Kommunalverwaltung, Wissenschaft sowie vor allem auch der Bestattungsbranche diskutierten über aktuelle Entwicklungen und es wurde deutlich, wie sehr sich dieser Rechtsbereich – entsprechend gesellschaftlicher Entwicklungen – in ständigem Wandel befindet. Die verschiedenen Perspektiven der Teilnehmer auf dieselben Herausforderungen führten zu interessanten Diskussionen, die neben wissenschaftlicher Aktualität eine hohe praktische Relevanz und Brisanz aufwiesen.

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens leitete die Tagung und stellte zunächst neuere Entwicklungen der Rechtsprechung rund um das Friedhofs- und Bestattungsrecht vor, um in den ersten Teil der Tagung, bestehend aus Vorträgen zu aktuellen Entwicklungen der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, überzuleiten. Sodann widmete sich Dr. Julie-Andrée Trésoret (Sozialgericht Mannheim) einem „Update: Die Sozialbestattung nach § 74 SGB XII“. Darin trat sie Berichterstattungen der Presse, die die Art und Weise von Sozialbestattungen als von der „Kassenlage der jeweiligen Gemeinde abhängig“¹ entgegen. Vielmehr sehe das Gesetz einen eindeutigen Rahmen vor, der über das für eine Bestattung Allernotwendigste hinausginge. Im weiteren Verlauf stellte sie die anspruchsbegründenden Voraussetzungen des Anspruchs nach § 74 SGB XII dar, wonach die erforderlichen Kosten einer Bestattung übernommen werden, soweit den hierzu Verpflichteten nicht zugemutet werden kann, die Kosten zu tragen. Insbesondere ging sie auch en détail auf die Interpretation der Tatbestandsmerkmale in der aktuellen Rechtsprechung ein und setzte sich kritisch mit letzterer auseinander, wobei sie u. a. die umstrittenen Fragen der restriktiven Auslegung der „persönlichen Unzumutbarkeit“ i. S. d. § 74 SGB XII, des Umfangs des Schonvermögens bei der finanziellen Unzumutbarkeit sowie Art und Umfang einer „angemessenen“ Bestattung beleuchtete.

Anschließend knüpfte Olivia Seifert (Oberregierungsrätin, Referentin im Presse- und Informationszentrum des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Bonn) in einem „Update: Ordnungsbehördliche Bestattungen“ an einen Vortrag der Tagungsreihe aus dem Jahr 2009 an, indem sie sich den Fällen widmete, in denen sich keiner für die Bestattung eines Verstorbenen bereit findet oder kein Bestattungspflichtiger auffindbar ist. Insoweit wurde vor allem die Subsidiarität ordnungsbehördlichen Tätigwerdens gegenüber der Ermittlung des Bestattungspflichtigen betont. Weitere Schwerpunkte bildeten die Kostenverteilung bei gleichrangigen Bestattungspflichtigen sowie die jüngsten Diskussionen über Möglichkeiten und Grenzen eines Absehens von der Bestattungs- bzw. Bestattungskostenpflicht aus Gründen der Billigkeit in Fällen (angenommener) unbilliger Härte. In der anschließenden Diskussion sprach sie sich nicht zuletzt dafür aus, das maßgebliche Recht für die Bestimmung der Bestattungspflicht bundeseinheitlich zu regeln und damit für eine Abkehr von einer Anknüpfung an den Sterbeort, da dieser gerade in Zeiten zunehmender Mobilität letztlich Zufälligkeiten unterliege, die nicht wirklich an die Person des Verstorbenen anknüpfen.

Weitere Referate wandten sich neuen Entwicklungen in der Bestattungskultur in Deutschland zu:

Dr. Dr. Tade Matthias Spranger (Institut für Wissenschaft und Ethik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn) referierte über „Bestattungsrecht und neue Bestattungsformen“. Dabei stellte er neuere Formen der Bestattung vor und ordnete diese rechtlich ein. Vor dem Hintergrund zunehmender praktischer Relevanz erörterte er u. a. Urnenwälder, Beisetzungen in Binnengewässern, Urnenwände (sog. Kolumbarien) sowie Ascheteilungen, bei denen der Urne ein geringer Teil der Asche entnommen wird, um daraus einen künstlichen Diamanten als Erinnerungsstück herzustellen.

Anschließend behandelte Antje Bisping (Justiziarin, Bundesverband Deutscher Bestatter e. V., Düsseldorf) die Thematik „Internationaler Überführungen Verstorbener in der Praxis“. Jährlich sind derzeit ca. 865.000 Sterbefälle in Deutschland zu verzeichnen und es finden bis zu 40.000 sog. Überführungen von und nach Deutschland statt. Unter einer sog. Überführung sei – in Anlehnung an DIN EN 15017 – das Verbringen eines Verstorbenen oder seiner sterblichen Überreste von einem Ort zu einem anderen vor der Bestattung zu verstehen. Letztere

lassen sich vor allem in die Fallgruppen Rückführung ausländischer Mitbürger in ihre Heimat, Unfälle und Todesfälle während Reisen, Rückführung von Residenten im Ausland, Expatriates und sog. Großschadensfälle einteilen. Die rechtliche Grundlage bildet das Internationale Abkommen über die Leichenbeförderung vom 10. Februar 1937 (sog. Berliner Abkommen) und ein Europäisches Abkommen vom 11. November 1975 (sog. Straßburger Abkommen). Bisping betonte, dass in diesem Bereich eine Rechtsvereinheitlichung durch eine europäische Verordnung überfällig und wünschenswert sei.

Am Ende des ersten Tagungstages ging Univ.-Prof. Dr. Mario Martini (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) schließlich in seinem Referat „Bestattung 2.0: Digitaler Nachlass und postmortales Leben“ auf Eigenheiten des digitalen Nachlasses, Reaktionsmuster der Anbieter, die Frage des „digitalen Nachlasses“ als Erbschaft und das postmortale Leben im digitalen Zeitalter ein. Martini stellte insbesondere die Frage, ob der postmortale Persönlichkeitsschutz es gebiete, dass die Erben nur dann Zugriff auf einen „digitalen Nachlass“ (bestehend beispielsweise aus E-Mail-Konten, Facebook-Profilseiten oder Ähnlichem) erhalten, wenn die gespeicherten Daten einen Zusammenhang mit einer vermögensrechtlichen Position erkennen ließen. Er regte an, die Anbieter entsprechender Dienste gesetzlich zu verpflichten, stärker darauf hinzuwirken, dass die Nutzer noch zu Lebzeiten Regelungen über die Verwendung ihrer Daten treffen. Schließlich diskutierte er die rechtliche Zulässigkeit von Online-Kondolenzbüchern und QR-Codes auf Grabsteinen. Letztere Codes erfahren in Deutschland eine zunehmende Verbreitung, weshalb Rechtsfragen in diesem Zusammenhang insbesondere von Seiten der Tagungsteilnehmer aus dem Bereich der Bestatter heftig diskutiert wurden.

Die Vorträge am zweiten Tagungstag waren folgenden Aspekten des Friedhofs- und Bestattungsrechts gewidmet:

Armin Braun (GVV-Kommunalversicherung) referierte über „Haftungsprobleme in der Friedhofsverwaltung jenseits der Verkehrssicherungspflichtverletzungen“. Dabei widmete er sich praxisnahen Fragen und behandelte im Kern aktuelle Fälle aus der Rechtsprechung zu wettbewerbs- und kartellrechtlichen Unterlassungsansprüchen gegen Kommunen, die einen gewerblichen Bestattungsdienst betreiben, sowie der Haftung einer Friedhofsverwaltung für Urnenverlust und die rechtswidrige Einebnung von Grabstätten.

Der Leiter der Tagung, Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens (Deutsche Universität für Verwaltungswissen-

schaften Speyer), trug zu „Gemeingebrauch, Sondernutzung und ‚Hausrecht‘ auf Friedhöfen“ vor. Diese Themen seien geprägt von Regelungslücken der vorhandenen Rechtstexte, was bei der Lösung entstehender Rechtsfragen eine Heranziehung ungeschriebener Grundsätze des Rechts der öffentlichen Sachen bzw. öffentlicher Einrichtungen erforderlich mache. Stelkens stellte zunächst die Regelungen in den Bestattungsgesetzen und Friedhofsordnungen vor und entwickelte Leitlinien für Nutzungs- und Betretensrechte. Abschließend beleuchtete er die Möglichkeiten eines rechtlichen Vorgehens gegen unberechtigte und nicht-so-berechtigte Friedhofsnutzer.

Einen Blick über den deutschen Tellerrand eröffnete abschließend Prof. Dr. David Capitani (Sorbonne School of Law) mit einem Vortrag über „Bestattungsrecht in Frankreich: andere Antworten auf dieselben Fragen?“. Zunächst führte er in die rechtlichen Grundlagen und historische Entwicklung des Friedhofs- und Bestattungswesens in Frankreich ein und widmete sich sodann aktuellen Rechtsfragen. Dabei besteht auch in Frankreich ein paralleler „Trend“ zur Feuerbestattung, weshalb er im Schwerpunkt damit zusammenhängende rechtliche Neuerungen im Bereich der Kremierung erörterte. Schließlich widmete er sich Rechtsfragen im Zusammenhang mit der Berücksichtigung religiöser und weltanschaulicher Minderheiten und weiteren aktuellen friedhofspolizeilichen Herausforderungen in Frankreich.

Die Tagung endete mit einer abschließenden Diskussion, die deutlich machte, wie viele weitere Rechtsfragen sich im Bereich des Friedhofs- und Bestattungsrechts stellen. Letztere werden, entsprechend sich bis dahin abzeichnender neuer Entwicklungen, Gegenstand der 7. Speyerer Tage zum Friedhofs- und Bestattungsrechts am 10. bis 11. September 2015 sein. Als Themengebiete sind nicht zuletzt Friedhofsplanung, Friedhofsgenehmigung, Friedhof und Umweltschutz, Gestaltungsspielräume bei Friedhofssatzungen, Möglichkeiten zur gewerblichen Reglementierung des Bestatterberufs sowie Regelungen zu muslimischen Bestattungen geplant.

Miriam A. Wabnitz

¹ Süddeutsche Zeitung vom 2. Mai 2012.

Wohin steuert die Digitale Gesellschaft?

Seminar der J.J. Becher-Gesellschaft im Rahmen des Wissenschaftsjahres 2014

Computer und seit den 1990ern das Internet sind aus dem täglichen Leben in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Entstanden in einer Zeit, die durch Brief- und Telefonkommunikation sowie Papierakten geprägt war, erfuhr die neue, schnelle, weltweite, elektronische Erreichbarkeit von Daten, Personen und Dingen hohe Akzeptanz. Die Anwendung digitaler Informationstechnik ist inzwischen selbstverständlich geworden. Ihr Nutzen steht auch heute nicht grundsätzlich in Frage, jedoch sind Schattenseiten sichtbar geworden. Sorgen bereiten etwa die neue Transparenz persönlicher Daten sowie die kriminelle Nutzung des informationstechnischen Potenzials. Unter kritische Beobachtung geraten sind damit nicht nur der Staat (etwa seine Überwachungsmaßnahmen), sondern auch die großen Internetunternehmen (etwa deren Weiterverwendung persönlicher Daten ihrer Nutzer) sowie deren Zusammenarbeit. Wird aber die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft gar nicht gesteuert, sondern treibt vor sich hin? Widersprechen sich ein Internet als Ort spontaner Selbstorganisation und eine Steuerung gar? Oder wird die Digitalisierung der Gesellschaft von der Wirtschaft und an der Politik vorbei gesteuert? Wer sollte die Entwicklung gegebenenfalls steuern, und vor allem: wohin? Welche politisch-rechtlichen, welche technischen Ansätze sollten dazu verfolgt werden?

Solche Fragen haben in jüngerer Zeit stark an Interesse auch der Allgemeinheit gewonnen. Die Große Koalition in Berlin hat sich ihrer ebenfalls angenommen. Zuständigkeiten für das Internet sind in mehreren Bundesministerien ausgewiesen. Der Bundestag hat einen Ausschuss für die „Digitale Agenda“ eingesetzt, die von der Bundesregierung auf der CeBIT 2014 vorgestellt wurde. Als Thema für das Wissenschaftsjahr 2014 wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung „Die Zukunft der digitalen Gesellschaft“ ausgegeben. Auch die Europäische Kommission hat eine Digitale Agenda und bewertet jährlich Fortschritte und Herausforderungen. An dieser Diskussion möchte sich die Johann Joachim Becher-Gesellschaft im Zuge ihrer Förderung des Austauschs

zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Gesellschaft und Politik beteiligen.

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. em. Dr. Heinrich Reinermann (Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer) beleuchteten unter anderem Prof. Dr. Jörn von Lucke (Zeppelin Universität Friedrichshafen), Prof. em. Dr. Waldemar Schreckenberger (Chef des Bundeskanzleramts a. D., Justizminister a. D., Universität Speyer), Bernd Schmidbauer (Staatsminister im Bundeskanzleramt und Geheimdienstkoordinator a. D., Abgeordneter des Deutschen Bundestages a. D., Mitglied des Parlamentarischen Kontroll-Gremiums des Deutschen Bundestages a. D.), Prof. em. Dr. Carl Böhrer (Universität Speyer), Prof. em. Dr. Klaus König (Universität Speyer), Prof. Dr. Michael Ronellenfitsch (Hessischer Datenschutzbeauftragter, Universität Tübingen) diesen Problemkreis in einem zweitägigen Seminar am 19. und 20. September 2014.

Mit der Aufnahme der Veranstaltung „Wohin steuert die Digitale Gesellschaft?“ ist die Johann Joachim Becher-Gesellschaft Partner des „Wissenschaftsjahres 2014“ geworden. Das Wissenschaftsjahr 2014 zum Thema „Digitale Gesellschaft“ ist eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Im Rahmen dieser Aktion werden in ganz Deutschland Vorträge, Seminare und Workshops zum Thema angeboten.

Die 1991 von Vertretern mehrerer Firmen, der Stadt Speyer und der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften gegründete Johann Joachim Becher-Gesellschaft hat das Ziel, den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Gesellschaft und Politik zu fördern, den Transfer in konkrete Projekte zu unterstützen. Dies erreicht sie durch öffentliche Veranstaltungen, interne Gesprächsrunden, Exkursionen und Seminare sowie durch Anregung und Begleitung lokal bedeutsamer Projekte.

Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa

Auf der 74. Jahrestagung der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 2014 in Düsseldorf vorgestellt und seit Herbst 2014 im Buchhandel greifbar ist nun erstmals ein Band des Handbuchs der Grundrechte in Deutschland und Europa (HGR) in zweiter – aktualisierter, erheblich erweiterter und verbesserter – Auflage erschienen: Band VII, 1. Halbband, der „Österreich-Band“, in der Herausgeberschaft von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten, Univ.-Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D. und – zugleich Koordinatorin der Autoren für die Österreich-Beiträge – Frau Univ.-Prof. Dr. Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Wien. Inhaltlich strukturiert ist der neue Österreich-Band – auf 22 Beiträge gegenüber der Erstauflage deutlich erweitert – mit seinen rund 1.000 Seiten im Einzelnen wie folgt:

I. Allgemeine Lehren:

1. Entwicklung, Quellen und Strukturen der Grundrechte sowie institutionelle Garantien; darin: § 1 Die Entwicklung der Grundrechte (Heinz Schäffer†); § 2 Verfassungsrecht, Völkerrecht und Unionsrecht als Grundrechtsquellen (Christoph Grabenwarter); § 3 Die allgemeinen Strukturen der Grundrechte (Gabriele Kucsko-Stadlmayer). 2. Grundrechtsträger, Grundrechtsgeltung und Grundrechtskonflikte; darin: § 4 Grundrechtssubjektivität (Gerhard Strejcek); § 5 Der Status der Ausländer (Daniel Ennöckl); § 6 Drittwirkung und Fiskalgeltung (Eva Schulev-Steindl); § 7 Institutsgarantien und institutionelle Garantien (Gerhard Baumgartner); § 8 Grundrechtskonkurrenzen und Grundrechtskollisionen (Harald Eberhard).

II. Freiheit, Gleichheit und justitielle Garantien:

1. Persönliche Freiheiten und Gleichheit; darin: § 9 Schutz von Leib und Leben sowie Achtung der Menschenwürde (Benjamin Kneih); § 10 Schutz der Privatsphäre (Ewald Wiederin); § 11 Freiheit der Person und Freizügigkeit (Andreas Hauer); § 12 Religiöse Rechte (Georg Lienbacher); § 13 Kulturelle Rechte (Thomas Kröll); § 14 Gleichheitsrechte (Magdalena Pöschl). 2. Freiheit in Gemeinschaft; darin: § 15 Kommunikationsfreiheit (Michael Holoubek); § 16 Wirtschaftliche Freiheiten (Karl Korinek); § 17 Recht auf Zusammenschluß (Michael Potacs). 3. Justitielle Garantien; darin: § 18 Grundrechtliche Organisations- und Verfahrensgarantien (Reinhard Klaushofer).

III. Politische Rechte, soziale Rechte, Minderheitenschutz; darin: § 19 Politische Rechte (Gerhard Strejcek); § 20 Zur Problematik sozialer Grundrechte (Heinz Schäffer†/Reinhard Klaushofer); § 21 Rechte der Minderheiten (Dieter Kolonovits).

IV. Durchsetzbarkeit der Grundrechte: § 22 Bestandsschutz und Durchsetzung der Grundrechte (Dietmar Jahnelt).

Im Anhang: Zusammenstellung der geltenden nationalen Grundrechte, darin: I. Staatsgrundgesetz vom 21. Dezember 1867; II. „Zensur-Beschluß“ vom 30. Oktober 1918; III. Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 (Auszug); IV. Datenschutzgesetz 2000 (Auszug). Personen- und Sachregister schließen den Band ab.

Die Herausgeber betonen im Vorwort die rechtsstaatliche Hauptforderung im Sinne von Hans Kelsen (Allgemeine Staatslehre 1925, ND 1966, S. 91), „dass die individuellen Rechtsakte tatsächlich den generellen Normen entsprechen“ müssen, eine Grunderfahrung, in der Österreich mit dem Reichsgericht (1867) – auch in der Funktion eines Grundrechts-

gerichts – sowie mit seinem Verwaltungsgerichtshof (1875) eine Vorreiterrolle übernommen hatte. Durch den jüngsten Reformschritt – der nun einer der Anlässe für die Neubearbeitung des Österreich-Bandes geworden ist –, die Einführung einer zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit auf Bundes- und Landesebene, werde „das Rechtsschutzsystem grundlegend verändert und die richterliche zu Lasten der administrativen Kontrolle gestärkt, was sich auch auf den Grundrechtsschutz auswirkt“, wie im Vorwort hervorgehoben wird. Im Jahr 2015 wird die „Gesetzesbeschwerde“ zum Verfassungsgerichtshof als ergänzendes Rechtsschutz-Institut hinzutreten. Damit wird die Verlagerung auf die (Grund)Rechts- und Vollzugskontrolle weiter gestärkt. Hinzu treten bekräftigte Kinderrechte und eine Neubewertung der Grundrechtecharta der Europäischen Union durch den Verfassungsgerichtshof. Auch dies sind Argumente für die erweiterte Neubearbeitung. Dem verstorbenen Mitherausgeber, Mitautor und Freund o. Univ.-Prof. Dr. Heinz Schäffer (*25. April 1941 – † 1. Dezember 2008) haben Autoren und Herausgeber den Band gewidmet.

Den aktuellen Publikationsstand der im Verlag C. F. Müller, Heidelberg bisher erschienenen Bände sowie die weiteren Planungen vermittelt der folgende Überblick: Band I: Entwicklung und Grundlagen (2004); Band II: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren I (2006); Band III: Grundrechte in Deutschland – Allgemeine Lehren II (2009); Band IV: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte I (2011); Band V: Grundrechte in Deutschland – Einzelgrundrechte II (2013); Band VI/1: Europäische Grund- und Menschenrechte (2010); Band VI/2: Europäische Grundrechte II: Universelle Menschenrechte

(2009); Band VII/1: Grundrechte in Österreich (2009; 2. Aufl.: 2014, unter Beteiligung des MANZ-Verlags Wien); Band VII/2: Grundrechte in der Schweiz und in Liechtenstein (2007). In Vorbereitung sind Band VIII (Grundrechte in deutschen Landesverfassungen), Band IX (Grundrechte in West-, Nord- und Südeuropa) sowie Band X (Grundrechte in Ostmittel- und Osteuropa). An einem Gesamtregister wird kontinuierlich gearbeitet.

Insgesamt liegt das Ziel des im Rahmen des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung Speyer etablierten und dort gut behüteten Handbuch-Projekts (Projektbearbeitung durch den Berichterstatter; Projekt-Laufzeit bis Ende Mai 2015) in einer – gerade auch in den verschiedenen Anwendungszusammenhängen des Verwaltungsrechts – zuverlässig handhabbaren Bestandsaufnahme der Grundrechte und ihrer weiteren Entwicklung. Die deutsche, die europäische und die international-völkervertragsrechtlich verankerte Grundrechtssubstanz wird – in Verbindung mit einem wissenschaftlichen Beirat, den Horst Dreier, Josef Isensee, Paul Kirchhof, Karl Korinek, Gabriele Kucsko-Stadlmayer, Jörg Paul Müller, Georg Ress, Hans-Peter Schneider, Wassilios Skouris, Klaus Stern und Daniel Thürer bilden – in mittlerweile weit über 300 Einzelbeiträgen aufbereitet, und die wechselseitigen Einflüsse, die Entstehungs- und Wirkungsbedingungen eines „Jus Commune Europaeum“ werden immer deutlicher sichtbar.

Vortrag in Budapest

An der Central European University (CEU, Budapest, Hungary) referierte Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer im März 2014 zum Thema „Judicial Control of the Guardian: Explaining Patterns of Governmental Annulment Litigation against the European Commission“.

global activism – Macht und Recht

Im Rahmen des Symposiums „global activism – Macht und Recht“, veranstaltet vom Zentrum für Kunst und Medientechnologie Karlsruhe (ZKM) in Kooperation mit dem Zentrum für Angewandte Rechtswissenschaft (ZAR), Karlsruhe referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann am 29. März 2014 zum Thema „Das Widerstandsrecht: Rechtsphilosophische Ansätze“.

21st CES International Conference of Europeanists

Auf der 21st CES International Conference of Europeanists, Washington, D.C., USA hielt Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer im März 2014 die Vorträge „Implementing the Early Warning System in European Regions“, „The Weakened ‚Winner‘: The European Parliament’s Budgetary Power after Lisbon“ und „Images of Statehood: Subnational Administrative Elites in Times of Crisis“.

Vorträge in China

Am 1. April 2014 referierte Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am Department of Human Resources and Social Security of Guangdong, in Guangzhou, PR China über „The German University of Administrative Sciences Speyer – History, Institution, Tasks“ und am 3. April 2014 hielt sie am Shenzhen Institute of Standards and Technology (SIST) in Shenzhen, PR China einen Vortrag zum Thema „Performance Comparison and Benchmarking in the Public Sector in Germany“.

Symposium der Deutschen Gesellschaft für Kassenarztrecht

Am 10. April 2014 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am Symposium der Deutschen Ge-

sellschaft für Kassenarztrecht e. V. in Berlin zur Bedarfsplanung im Gesundheitssystem als kooptierter Stellvertreter des Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses im Gesundheitswesen teil.

Vorträge in Estland

Auf der Innovative Curricula Design Conference of University of Tartu, Estonia hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 10. April 2014 einen Vortrag zum Thema „Postgraduate teaching and further education in the German University of Administrative Sciences Speyer“ und am 11. April 2014 referierte sie zum Thema „Better Regulation in Germany – Program, Institutions, Perspectives“.

Vortrag in Salamanca

Im April 2014 referierte Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer im Rahmen des 42nd Joint Sessions of Workshops, European Consortium of Political Research in Salamanca über „The Structural Autonomy of International Bureaucracies“.

Öffentliche Angelegenheiten – interdisziplinär betrachtet

Am 2. Mai 2014 hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann im Rahmen des Symposiums „Öffentliche Angelegenheiten – interdisziplinär betrachtet“ anlässlich des 80. Geburtstages von Klaus König am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer einen Vortrag zum Thema „Ziele und Methoden einer transnationalen Verwaltungswissenschaft“.

Qualitätstagung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung

Am 15. Mai 2014 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas an der Qualitätstagung der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung in den Räumen der Kassenzahnärztli-

chen Vereinigung Hessen in Frankfurt a. M. teil. Er hielt dort einen Vortrag zum Thema „Qualitätsmanagement durch Risiko- und Fehlervermeidungssysteme. Zur Optimierung von Behandlungsabläufen zum Schutz der Patientinnen und Patienten“.

Administrative oversight and judicial protection for public contracts

Am 16. Mai 2014 fand an der Università degli Studi di Firenze ein rechtsvergleichender Workshop über „Administrative oversight and judicial protection for public contracts“ des Forschungsnetzwerks „Public Contracts in Legal Globalization – PCLG“ statt, an dem aus Speyer Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, der auch Mitglied des Steering-Committees des Netzwerkes ist, Ass. jur. Michael Mirschberger, der zur Zeit die Website des Netzwerkes betreut, und Ass. Jur. Miriam Wabnitz teilnahmen.

Organisiert von Univ.-Prof. Dr. Simone Torricelli (Università degli Studi di Firenze) wurde in Florenz unter dem Vorsitz von Prof. Jean Bernard Auby (Science Po Paris) über Aufsichts- und Rechtsschutzverfahren im Verwaltungsvertragsrecht in rechtsvergleichender Perspektive diskutiert. Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens hielt einen Vortrag über Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern bei Abschluss von Verwaltungsverträgen. Zudem hielt Prof. Daniel Gordon (George Washington University) einen Vortrag über „The U.S. federal bid protest system: effective remedy for dissatisfied bidders?“, in dem er die Bedeutung funktionierender Rechtsbehelfsverfahren im System der öffentlichen Auftragsvergabe unterstrich. Prof. Rozen Noguellou (Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne) sprach unter dem Titel „L'intérêt à agir et la protection des tiers“ über neuere Entwicklungen der französischen Rechtspre-

chung zur Frage des Rechtsschutzes nicht am Vergabeverfahren beteiligter Dritter. Ferner berichtete Prof. Patricia Valcárcel Fernández (Universidade de Vigo) über „Administrative controls and the rule of independent authorities“ und beleuchtete darin kritisch die Effektivität des spanischen Systems des Vergaberechtsschutzes. Es schloss sich Prof. Gabriela Racca (Università di Torino) mit einem Vortrag zu „The role of third parties during the execution of the contract“ an. Die letzte Präsentation von Prof. Laurence Lalliot-Folliot (Université Paris Ouest Nanterre La Défense) thematisierte den Vergaberechtsschutz vor internationalen Organisationen. Abschließend fasste Prof. Mark Freedland (Emeritus Research Fellow in Law, St John's College, University of Oxford) die gefundenen Ergebnisse und Diskussionsbeiträge zusammen.

Das internationale Forschungsnetzwerk „Public Contracts in Legal Globalisation – PCLG“ (www.public-contracts.net) beschäftigt sich seit 2007 mit dem Verwaltungsvertragsrecht als einem Rechtsgebiet, das in besonderem Maße von der Globalisierung und Europäisierung des Rechts betroffen ist und verfolgt das Ziel, die wissenschaftliche Arbeit auf internationaler Ebene zu bündeln und die in den verschiedenen Ländern entwickelten Konzepte zu vergleichen. Es zählt ca. 120 Wissenschaftler und Praktiker aus 33 Ländern sowie ca. 10 Angehörige internationaler Organisationen. Aus der gemeinsamen Forschungstätigkeit des CPGJ / PCLG sind inzwischen verschiedene Gemeinschaftswerke hervorgegangen (<http://www.public-contracts.net/inhalte/publications.asp>).

Der nächste Workshop des PCLG wird am 12. Dezember 2014 in Paris stattfinden (nähere Informationen hierzu unter <http://www.public-contracts.net>).

Risikomanagement im Krankenhaus

Im Rahmen der Veranstaltung zum „Risikomanagement im Krankenhaus – zwischen Risiko und Chance“ der MCC-Seminare referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas am 20. Mai 2014 in Köln über „Klinische Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme unter der Verantwortung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) – ein Jahr nach dem neuen Patientenrechtegesetz“.

Prof. Dr. Gunnar Schwarting verabschiedet

Prof. Dr. Gunnar Schwarting hat seinen aktiven Dienst beim Stadte- tag Rheinland-Pfalz zum 31. Mai 2014 beendet. Mit einer kleinen Feierstunde am 22. Mai 2014 wurde er von seinem Verband in den Ruhestand verabschiedet. Der Universität Speyer will er aber noch einige Zeit treu bleiben. In 4. Auflage ist im Mai 2014 sein Buch „Kommunales Kreditwesen“ im Erich Schmidt Verlag, Berlin, erschienen. Neben haushaltsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Grundlagen werden auch aktuelle Fragen des Schuldenmanagements, von Schuldenbremsen und der Einführung von Entschuldungshilfen durch mehrere Länder erörtert.

16. Mediationskongress der Centrale für Mediation

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas referierte am 28. Mai 2014 auf dem 16. Mediationskongress der Centrale für Mediation in Berlin zum Thema „Alternative Konfliktlösung im öffentlich-rechtlichen Bereich“.

Transatlantic Policy Consortium Conference

Einen Vortrag zum Thema „German Regional Administrative Elites,

New Public Management and the Role of the State in the Economy" hielt Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer im Juni 2014 auf der Transatlantic Policy Consortium Conference – Transatlantic Perspectives: Innovation in Multiple Systems an der Indiana University, Bloomington, USA.

Workshop mit dem Shanghai Administration Institute

Am 17. Juni 2014 hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber anlässlich eines Workshops mit dem Shanghai Administration Institute in Speyer einen Vortrag über „CHANGE². Innovative Konzepte für Politik und Verwaltung der Stadt Mannheim“.

Bedarfsplanung in der vertragsärztlichen Versorgung

Am 27. Juni 2014 nahm Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas in Berlin als Erster Stellvertretender Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses an dessen Rechtssymposium zur „Bedarfsplanung in der vertragsärztlichen Versorgung“ teil.

Forum für Verwaltungsmediation

Am 27./28. Juni 2014 fand in Berlin der 16. Mediations-Kongress der Centrale für Mediation/Verlag Dr. Otto Schmidt statt. Die Veranstaltung widmete sich der Bandbreite der Mediation nach Inkrafttreten des neuen Mediationsgesetzes von der Arbeits- und Familienmediation bis hin zur Verwaltungsmediation. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas folgte der Bitte des Veranstalters, das Forum für Verwaltungsmediation zu leiten und einen Einführungsvortrag hierzu zu halten.

Re-Thinking European Integration

Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer referierte im Juni 2014 in Florenz im Rahmen des Workshops Re-

Thinking European Integration am European University Institute (EUI) zum Thema „The Commission in the Wider Institutional Context at a Time of Crisis“.

Vortrag in San Sebastián

Im Rahmen des Curso de Verano „La garantía jurisdiccional de los derechos humanos“ der Universidad del País Vasco, San Sebastián referierte Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann am 10. Juli 2014 zum Thema „La transformación de la justicia administrativa en Europa“.

ATRS – World Conference

Die Air Transport Research Society (ATRS), ein weltweites Netzwerk aus Wissenschaftlern, Ökonomen, Beratern und Fachkräften, veranstaltete seine jährlich stattfindende Konferenz vom 17. bis 20. Juli 2014 in Bordeaux. Als Vertreter der Universität Speyer nahmen Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr und Frau Ass. iur. Claudia Hipp teil. Unter Mitwirkung von Prof. Dr. Alexander Eisenkopf (Zeppelin Universität) steuerten sie einen Fachvortrag zum Thema „Air passenger rights in the EU: Where do we stand, and what should come next?“ zum Tagungsprogramm bei.

Der langsame Abschied von der solidarischen Sozialversicherung?

Aus Anlass der 80. Geburtstags von Univ.-Prof. Dr. Bernd von Maydell fand am 19. Juli 2014 in Bonn für den em. Ordinarius an der Universität Bonn und ehemaligen Direktor des Max Planck-Instituts für internationale Sozialpolitik und vergleichendes Sozialrecht ein Symposium statt, das dem Thema „Der langsame Abschied von der solidarischen Sozialversicherung? – Rückblick auf 50 Jahre Sozialpolitik und Ausblick auf künftige Herausforderungen“ gewidmet war.

Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Rainer Pitschas nahm auf Einladung des Jubilars an der Veranstaltung mit eigenen Diskussionsbeiträgen teil.

Transatlantic Policy Consortium

Vom 22. bis 25. Juli 2014 fand die jährliche Tagung des „Transatlantic Policy Consortium“ (TPC), an der Indiana Memorial Union University in Bloomington, Indiana statt. Der Austragungsort wechselt jährlich zwischen den USA und Europa. Das Konsortium besteht aus 36 höheren Bildungsinstitutionen aus den USA und der EU, die sich für die Ausbildung, Schulung und Forschung im Bereich Public Policy und öffentlichen Verwaltung engagieren. Zahlreiche Teilnehmer der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften und dem Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer nahmen in diesem Jahr an der Tagung teil und präsentierten aktuelle Forschungsarbeiten. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr wurde als Nachfolger von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Bohne von der Mitgliederversammlung zum neuen Co-Chair Europe ernannt.

Perspectives on European Governance in Comparative Perspective

Im Juli 2014 hielt Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer auf der KFG Conference Perspectives on European Governance in Comparative Perspective: Interests, Institutions and Policy-Making (in the honor of Adrienne Héritier on the occasion of her 70th birthday) in Berlin einen Vortrag zum Thema „Neglected Faces of Policy Change: Measurement, Explanation and Strategies of Policy Dismantling“.

Akkreditierung des Masterprogramms „Public Administration“

Am 13. August 2014 trafen sich die beiden wissenschaftlichen Ko-

ordinatoren Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Karl-Peter Sommermann und Herr Prof. Dr. Irakli Burduli (Dekan der Juristischen Fakultät in Tiflis) sowie Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Andreas Knorr, Frau Tamar Berishvili (LL.M. zu Köln) und Frau Ass.-jur. Claudia Hipp, um die internationale Akkreditierung des Masterprogramms „Public Administration“ weiter vorzubereiten. Das interdisziplinäre Studienprogramm wird seit 2009 für zukünftige Fach- und Führungskräfte des öffentlichen Sektors in Georgien von der Staatlichen Universität in Tiflis (TSU) in Kooperation mit der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und mit Unterstützung der VolkswagenStiftung durchgeführt. Es ist nach den nationalen Bestimmungen in Georgien akkreditiert und wird voraussichtlich der erste international akkreditierte Studiengang in Georgien sein.

Personalwirtschaft und öffentlicher Dienst

Anlässlich einer Sachverständigenanhörung des Unterausschusses „Personalwirtschaft und öffentlicher Dienst“ der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hielt Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber am 22. August 2014 einen Vortrag zum Thema „Zur Absicherung zukünftiger Alterseinkommen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“.

Research Network on EU Administrative Law stellt Model Rules on EU Administrative Procedure vor

Das Forschungsnetzwerk ReNEUAL hat am 1. September 2014 nach fünfjährigen Vorarbeiten einen Musterentwurf für ein EU Verwaltungsverfahren (Model Rules on EU Administrative Procedure) auf der Homepage des Forschungsnetzwerkes (www.renewal.eu) in

Englisch publiziert. Buchveröffentlichungen in renommierten Fachverlagen in Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch und Polnisch werden ab dem nächsten Jahr folgen. Aus Speyer waren an diesem Projekt Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, der auch Mitglied des Steering Committees von ReNEUAL ist, sowie Ass. jur. Michael Mirschberger und Hanna Schröder, LL.M. beteiligt und insoweit maßgeblich für den Entwurf der Regeln der Model Rules über das vertragliche Verwaltungshandeln der Union verantwortlich. Diese Regeln folgen auch insbesondere den Grundgedanken, die Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens und Hanna Schröder in früheren Publikationen zu Verwaltungsverträgen der Union entwickelt haben. (Zuletzt: Ulrich Stelkens/Hanna Schröder, „Substantive Law applicable to EU Public Contracts und EU Public Contracts Litigation in: Trybus, Martin/Caranta, Roberto/Edelstam, Gunilla (Hrsg.), EU Public Contract Law - Public Procurement and Beyond, 2014, S. 395-416 und S. 443-459. Bei den Beiträgen handelt es sich um eine aktualisierte Fassung von Ulrich Stelkens/Hanna Schröder, EU Public Contracts - Contracts passed by EU Institutions in Administrative Matters, FÖV Discussion Papers Nr. 70, Speyer 2012, 63 S.)

Die Initiatoren des Gesamtprojekts, das auch in Kooperation mit dem European Law Institute (ELI) durchgeführt wurde, sind die Professoren Herwig Hofmann (Luxemburg), Jens-Peter Schneider (Freiburg i. Br.) und Jacques Ziller (Pavia). Sie geben die Model Rules mit den weiteren Mitgliedern des ReNEUAL Steering Committees heraus, dem neben Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens auch die Professoren Jean-Bernard Auby (Paris), Giacinto della Cananea (Rom), Paul Craig (Oxford), Deirdre Curtin (Amsterdam), Diana-Urania Galetta

(Mailand), Joana Mendes (Amsterdam), Oriol Mir Puigpelat (Barcelona) und Marek Wierzbowski (Warschau) angehören.

Der Musterentwurf für ein EU Verwaltungsverfahren ist mit umfangreichen Einführungen und Kommentaren versehen und gliedert sich in sechs Bücher zu folgenden Bereichen:

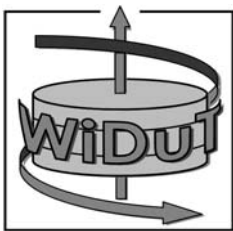
- Book I – General Provisions,
- Book II – Administrative Rule-Making,
- Book III – Single Case Decision-Making,
- Book IV – Contracts,
- Book V – Mutual Assistance,
- Book VI – Administrative Information Management.

Die in den Model Rules vorgestellten Verfahrensvorschriften sollen der Verbesserung der Durchführung des Rechts und der Politiken der Europäischen Union bei gleichzeitiger Gewährleistung der Verfassungsprinzipien der Union dienen, in dem sie einen Vorschlag für einen Rechtsrahmen des Verwaltungsverfahrens sowohl für den direkten Vollzug des Unionsrechts (Book II bis IV) wie auch für die Zusammenarbeit von Union und Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Verbundverwaltung entwerfen (Book V und VI). Die vorgeschlagenen Regeln sollen die Rechte und Pflichten der Unionsverwaltung und der Unionsbürgern im Verwaltungsverfahren sichtbar machen.

An der konkreten Ausarbeitung der ReNEUAL Model Rules on EU Administrative Procedure beteiligten sich Forscher und Praktiker aus ganz Europa und darüber hinaus. Entwürfe wurden auf verschiedenen Workshops und Konferenzen zur Diskussion mit der Fachöffentlichkeit gestellt. Vor der letzten Überarbeitung des Vorschlags wurde am 19. und 20. Mai 2014 in den Räumen des Europäischen Parlaments in Brüssel auf der zweiten Konferenz des For-

schungsnetzwerkes ReNEUAL in Zusammenarbeit mit der Europäischen Ombudsfrau mit Experten aus den europäischen Institutionen und Europa- und Verwaltungsrechtlern aus verschiedenen Mitgliedstaaten der EU diskutiert. Die Eröffnung und Zusammenfassung der Fachkonferenz übernahm die jüngst bestellte Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly, die den Ansatz des Forschungsnetzwerkes hierbei hervorhob und unterstützte. Aus Speyer nahmen Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens und Ass. jur. Michael Mirschberger an der Konferenz teil. Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens stellte hierbei in einem Panel zu Book IV die Grundlinien des Entwurfs vor. Das Projekt wurde finanziell von öffentlichen Forschungsfördereinstellungen aus Deutschland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und aus Spanien sowie von vielen Universitäten und akademischen Organisationen unterstützt. Aus Mitteln der Universität Speyer wurde u. a. ein Workshop der ReNEUAL Arbeitsgruppe „Contracts“ finanziert, der am 7. März 2014 unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens in Luxemburg stattgefunden hat.

Neues von WiDuT



inTeam: WiDuT ist nun wieder vollständig besetzt. Seit 1. Juli 2014 verstärkt

Sarah Schmitt das Team. Sie war zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill sowie Forschungsreferentin im Rahmen des ISPRAT-Forschungsprojekts „Informierter Bürger trifft zuständigkeitsorientierte Verwaltung“. Wir freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Frau Schmitt erreichen Sie ab

sofort per Mail unter sschmitt@foev-speyer.de oder telefonisch unter 06232 /654-394.

inWandlung: Das WiDuT-Portal zeigt sich mit neuem Design und neuen Inhalten

Mit neuem Design und neuen Inhalten soll der Dialog mit der Zielgruppe ausgebaut und verstärkt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Inhalte neu strukturiert, überarbeitet und verschiedenen, teils neuen Kategorien zugeordnet.

Nach Anmeldung am Portal finden die NutzerInnen nun folgende Themenblöcke:

inSight: Hier werden kurze Zusammenfassungen aktueller Themen der Verwaltungsmodernisierung, wissenschaftlicher Studien oder Ereignisse veröffentlicht.

inKontakt: In dieser Rubrik erscheinen die Kontaktdaten aller WiDuT-AnsprechpartnerInnen und Mitglieder des UA AV des AK VI der IMK.

inFührung: inFührung listet die Ergebnisse der WiDuT-Umfragen der Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter bei Bund und Ländern der letzten Jahre auf. Auch für 2015 ist wieder eine Umfrage geplant (nähere Informationen folgen).

inFrage: Ab September 2014 wird hier ein neues WiDuT-Kurzumfragenformat erscheinen. Die WiDuT-Zielgruppe und Newsletter-Abonnenten erhalten in zeitlichen Abständen jeweils eine prägnante Frage zu aktuellen Themen mit zwei Antwortmöglichkeiten per eMail.

inAktion: Diese Rubrik umfasst aktuelle und vergangene WiDuT-Dokumentationen sowie Tagungsberichte.

inHalt: Hier erhalten die NutzerInnen Literaturempfehlungen zu aktuellen Themen. Zudem werden

Experten und Best-Practice-Beispiele benannt.

inAktion: Aktuelle WiDuT-Dokumentation „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund 2011-2013“

In gewohnt enger Zusammenarbeit mit dem Unterausschuss Allgemeine Verwaltungsorganisation des Arbeitskreises VI der Innenministerkonferenz entsteht derzeit erneut die aktuelle Ausgabe der WiDuT-Publikation „Aktivitäten auf dem Gebiet der Staats- und Verwaltungsmodernisierung in den Ländern und beim Bund“. Der Bericht dokumentiert Maßnahmen und Modernisierungsprojekte aller Landesverwaltungen und des Bundes in den Jahren 2011-2013. Im Vergleich zu den bisherigen Ausgaben wird es in der kommenden Dokumentation folgende neue Gliederungspunkte geben:

- Organisation / Organisationsentwicklung
- Personalmanagement
- Regelungsoptimierung / Bürokratieabbau
- E-Government / Open Government
- Moderne Steuerung.

Die Veröffentlichung dieses Speyerer Forschungsberichtes in Buch- und PDF-Form wird noch in diesem Jahr erfolgen. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

inKontakt: erneute Teilnahme an Unterausschuss-Sitzung

Die WiDuT-Mitarbeiterinnen nahmen im September 2014 erneut als Gäste an der Sitzung des Unterausschusses „Allgemeine Verwaltungsorganisation“ des Arbeitskreises VI der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder teil. Die Sitzung fand vom 22.-23. September 2014 in Würzburg statt.

inForm: zwei neue Ausgaben des WiDuT-Newsletters inForm im ersten Halbjahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 sind zwei neue Ausgaben des WiDuT-Newsletters inForm erschienen. Neben bewährten Rubriken bildeten die Themen Work-Life-Balance, positive Psychologie im Beruf und Personalmanagement die inhaltlichen

Schwerpunkte. Der Newsletter kann unter www.foev-speyer.de/widut/inhalte/19_inform.asp abonniert werden.

inTeraktiv: Der WiDuT-Tagungskalender

Eine Übersicht über wichtige Veranstaltungstipps rund um die Themen öffentliche Verwaltung und

neue Medien sowie hilfreiche Links für die Planung der Dienstreise zeigt der WiDuT-Tagungskalender unter: http://foev-speyer.de/widut/inhalte/24_Tagungskalender.asp. Der Kalender wird im Quartalsrhythmus aktualisiert.

Neue Forschungsprojekte am Lehrstuhl für vergleichende Verwaltungswissenschaft und Policy-Analyse

DFG Forschungsprojekt „Determinants and Consequences of Bureaucratic Autonomy of International Public Administrations“

Das Projekt steht im Rahmen einer DFG Forschergruppe über „International Public Administration“, deren stellvertretender Sprecher Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer ist. Sein Volumen beträgt 330.000 EUR für eine Laufzeit von drei Jahren (2014-2017). Dieses Projekt analysiert die Rolle von Verwaltungsstäben in internationalen Organisationen. Konkret soll untersucht werden, (1) ob und unter welchen Bedingungen internationale Verwaltungen strukturbasierte Autonomie genießen, (2) wie sich die beobachtbare Varianz von Verwaltungsautonomie zwischen den ausgewählten Organisationen (auch über Zeit) erklären lässt und (3) unter welchen Bedingungen Verwaltungsautonomie Politikergebnisse beeinflusst.

Hierfür wird ein systematisches Messkonzept für die vergleichende Erhebung von Verwaltungsautonomie entwickelt, die notwendigen Daten erhoben sowie die dadurch identifizierbaren unterschiedlichen Muster und Veränderungen von einschlägigen Verwaltungsstrukturen über Zeit analysiert.

Jean Monnet Lehrstuhl und Projekt 2013-2015: „The Role of the European Parliament in the EU Budget Process“

Univ.-Prof. Dr. Bauer, dem 2013 der Titel eines Jean Monnet Professors der EU verliehen wurde, mit dem Lehrstühle ausgezeichnet werden, die sich besonders der Lehre und Forschung über die Europäische Integration widmen, wird mit 45.000 Euro aus Mitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU gefördert bei der Untersuchung der Rolle des Europäischen Parlaments im Haushaltsaufstellungsverfahren der EU.

„Widerstand im EU-Implementationsprozess: Determinanten nationalen Klageverhaltens bei Annullierungsverfahren gegen die Europäische Kommission“

Das am Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer im Rahmen des interdisziplinären Projektverbundes „Denationalisierung der öffentlichen Verwaltung“ angesiedelte Projekt hat ein Volumen von ca. 350.000 EUR und läuft über drei Jahre (2014-2017). Es analysiert mit Hilfe qualitativer Fallstudien die Entscheidung nationaler Akteure, Nichtigkeitsklagen gegen die Umsetzung von EU-Politiken betref-



Univ.-Prof. Dr. Michael W. Bauer

Foto: Uni Speyer

fende Entscheidungen und Anweisungen der Europäischen Kommission zu erheben. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der politischen Motivation der Klageerhebung. Erwartet werden systematische Einblicke, die einerseits den bisher wenig erforschten Bereich der Nichtigkeitsklagen anderen EU-Rechtsinstrumenten wie Vorabentscheidungs- und Vertragsverletzungsverfahren zur Seite stellen. Andererseits werden ebenenübergreifende Konfliktmuster und ihre innenpolitischen Determinanten sichtbar. Das Projekt leistet damit einen Beitrag zur Erklärung der Entstehung und Manifestation nationalen Widerstands gegen europäische Vorgaben bezüglich der Durchführung europäischer Politiken.

Ergebnis der allgemeinen Senatswahl am 7. Juli 2014

Bei der Allgemeinen Senatswahl am 7. Juli 2014 wurden folgende Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die einzelnen Gruppen für die Wahlperiode 2014 bis 2017 in den Senat gewählt:

Gruppe der Universitätsprofessorinnen und -professoren

Mitglieder:

1. Univ.-Prof. Dr. Morner
2. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Knorr
3. Univ.-Prof. Dr. Stelkens
4. Univ.-Prof. Dr. Bauer

Stellvertreter:

5. Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann
6. Univ.-Prof. Dr. Fisch
7. Univ.-Prof. Dr. Hill
8. Univ.-Prof. Dr. Färber
9. Univ.-Prof. Dr. Martini
10. Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp
11. Univ.-Prof. Dr. Weiß

Gruppe der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mitglieder:

1. Frau Adia Asafu-Adjei
2. Dr. Daniel Rölle

Stellvertreterinnen und Stellvertreter:

3. Frau Claudia Hipp
4. Herr Stefan Becker
5. Dr. Rüdiger von Krosigk

Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Mitglied:

1. Frau Elke Hilgert

Stellvertreterin:

2. Frau Lioba Diehl

Gruppe der nebenberuflich an der Universität Tätigen

Mitglied:

1. Herr Harald Walther

Stellvertreter:

2. Prof. Dr. Gunnar Schwarting
3. Herr Bernd Kaufmann

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten



Frau Eva Schübel, Bundesanwältin beim BGH



Fotos: Uni Speyer

Praxisvortrag

In der Reihe der Praxisvorträge konnte für das Sommersemester 2014 Frau Eva Schübel, Bundesanwältin beim BGH sowie Gleichstellungsbeauftragte und Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbundes, gewonnen werden. Sie berichtete über ihren eigenen beruflichen Werdegang und gab den interessierten Studentinnen wertvolle Tipps für ihren Karriereweg.

Dr. Annette Cambeis, Vorsitzende Richterin am Verwaltungsgericht Neustadt Weinstraße, wiederholte auf Wunsch der Hörerinnen ihren Vortrag aus dem Wintersemester 2013/2014. Vor ca. 25 am Richterberuf interessierten Hörerinnen und Hörern konnte sie die Stationen ihres beruflichen Werdegangs und ihrer Karriere darstellen. Frau Cambeis ging in Ihrem Vortrag auch auf die Herausforderungen und Chancen des Richterberufs vor allem für Frauen ein.

Kulturelle Mittagspause

Am 28. Juli 2014 lud die Gleichstellungsbeauftragte zu einer Besichtigung des Bistumsarchiv Speyer ein. Frau Jutta Hornung führte zunächst in die Aufgaben eines Archivs und speziell des Bistumsarchiv ein, dessen Zuständigkeitsgebiet die Pfalz und den Saarpfalz-Kreis im Saarland umfasst. Sie erklärte, dass ein Archivar darüber entscheiden muss, welche Unterlagen „archivwürdig“ sind und welche vernichtet werden können, dass diese archivwürdigen Unterlagen durch „Findmittel“ erschlossen und für die Benutzung zugänglich gemacht werden. Das Bistumsarchiv verwahrt – von einigen älteren Unterlagen aus der Zeit des Fürstbistums abgesehen – nur Archivgut seit seiner Neugründung 1817/21. Bei einem Rundgang konnten die interessierten Kolleginnen im Archivraum die konservatorisch sachgerechte Aufbewahrung von Schriftgut und „alte Schätzchen“ des Archivs begutachten.



Frau Jutta Hornung führt durch das Bistumsarchiv Speyer

Personalia (1. April 2014 bis 30. September 2014)

a) Einstellungen:

- 01.04.2014 Baranova, Kira, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Knorr
- 01.04.2014 Nolte, Jakob, Privatdozent, Dr., Beauftragung zur Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl für Vergleichende Verwaltungswissenschaft, insbesondere Verwaltung in Europa
- 01.04.2014 Rölle, Daniel, Dr., Beauftragung zur Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl für Politikwissenschaft
- 15.04.2014 Wabnitz, Miriam, Assessorin, wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stelkens
- 23.04.2014 Klenner, Frederick, Bachelor, stud. Hilfskraft unter der wiss. Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. von Arnim
- 01.05.2014 Von Krosigk, Rüdiger, Dr., Beauftragung zur Lehrstuhlvertretung am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte
- 01.05.2014 Gerhardt, Tabea, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.05.2014 Daiser, Peter, MBA, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 01.05.2014 Menges, Oliver, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 01.05.2014 Ganbaatar, Baasanjav, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 01.05.2014 Park, Jae Yoon, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 01.05.2014 Henriquez-Diaz, Tatiana, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 19.05.2014 Kolain, Michael, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 11.06.2014 Moormann, Bernhard, wiss. Hilfskraft unter der wiss. Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. von Arnim
- 01.08.2014 Freiberger, Isabel, Beschäftigte in der Bibliothek (nach erfolgreicher Beendigung der Ausbildung)
- 01.09.2014 Toda Castán, Daniel, Dipl.-Jur., M. A., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann
- 08.09.2014 Enders, Philipp, Dipl.-Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp

b) Ausscheiden:

- 30.04.2014 Hocke, Maximilian, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 31.05.2014 Butz, Wiebke, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Stelkens
- 31.05.2014 Klenner, Frederick, Bachelor, stud. Hilfskraft unter der wiss. Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. von Arnim
- 30.06.2014 Eisenbach, Olaf, Dienstwagenfahrer
- 30.06.2014 Schmitt, Sarah, M. A., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hill
- 30.06.2014 Gerhardt, Tabea, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 30.06.2014 Hoffmann, Christel, Beschäftigte in der Abteilung 3
- 31.07.2014 Moormann, Bernhard, wiss. Hilfskraft unter der wiss. Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. von Arnim
- 31.07.2014 Henriquez-Diaz, Tatiana, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Wirtz
- 31.07.2014 Ganbaatar, Baasanjav, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 31.07.2014 Park, Jae Yoon, wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 31.07.2014 Kruse, Franziska, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Sommermann
- 31.07.2014 Ritter, Tobias, M. A., Mag. rer. publ., wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Ziekow
- 31.07.2014 Mors, Christina, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Bauer
- 31.07.2014 Stamm, Tanja, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Bauer
- 31.07.2014 Limbach, Kathrin, Dr., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Weiß
- 31.08.2014 Sossong, Peter, Dr., wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Mühlenkamp

- 30.09.2014 Katz, Sandra, stud. Hilfskraft am Lehrstuhl von Herrn Univ.-Prof. Dr. Martini
- 30.09.2014 Fischer, Franziska, stud. Hilfskraft der Stabstelle Studiengangsentwicklung
- 30.09.2014 Freiburger, Isabel, Beschäftigte in der Bibliothek
- 30.09.2014 Potapova, Katerina, M. A., Mag. rer. publ., wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Frau Univ.-Prof. Dr. Jansen
- 30.09.2014 Schulze, Nicole, M. A., wiss. Mitarbeiterin des Koordinators des MPA Studiengangs Wissenschaftsmanagement
- 30.09.2014 Schmoch, Ulrich, Prof. Dr., Koordinator des MPA Studiengangs Wissenschaftsmanagement



Jubiläum von Michaela Busche

Foto: Uni Speyer

c) 25-jährige Dienstjubiläen:

- 01.06.2014 Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Knorr
- 01.08.2014 Michaela Busche

Promotionen im Sommersemester 2014

- HERU FAHLEVI, The Innovation of the Role of Accounting in Public Hospitals - Lessons Learned from Hospital Financing Reforms in Indonesia and Germany, Speyer 2014. Gutachter: G. Färber/M. Morner
- PHILIPP NITZSCHE, Inbound Open Innovation. Eine empirische Analyse ihrer Erfolgswirkung auf Basis des Dynamic Capabilities View, Lohmar/Köln 2014. Gutachter: B. Wirtz/M. Morner
- MATIAS BRONNENMAYER, Erfolgsfaktoren von Unternehmensberatungsprojekten. Eine Zweiperspektivenbetrachtung, Lohmar/Köln 2014. Gutachter: B. Wirtz/A. Knorr
- KATHRIN LIMBACH, Uniformity of Customs Administration in the European Union (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: W. Weiß/U. Stelkens
- MARIA KNÜTTEL, Erfolgsfaktoren deutsch-russischer Gemeinschaftsunternehmen. Aktueller Stand und Entwicklungstendenzen (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: A. Knorr/C. Koch
- PHILIPP RICHTER, Der äußere Aufbau der Landesverwaltung und sein Einfluss auf den Aufgabenvollzug. Territoriale, funktionale und politische Lösungen und Wirkungen in den deutschen Bundesländern am Beispiel der Versorgungsverwaltung (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: S. Kuhlmann/J. Ziekow
- LARISSA VETTERS, Organisation von Solidarität. Eine verwaltungswissenschaftlich-ethnologische Untersuchung zu fragmentierter Staatlichkeit und externem state building in Bosnien-Herzegowina (Veröffentlichung in Vorbereitung). Gutachter: R. Pitschas/K. König

Schriftenreihe der Universität

- 222 HERMANN HILL/KARL-PETER SOMMERMAN/JOACHIM WIELAND/JAN ZIEKOW (HRSG.), Brauchen wir eine neue Verfassung? - Zur Zukunftsfähigkeit des Grundgesetzes. Vorträge der 75. Staatswissenschaftlichen Fortbildungstagung vom 25. bis 27. Februar 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2014

- 223 JAN ZIEKOW (HRSG.), Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts 2013 mit Vorträgen auf den Fünfzehnten Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 6. bis 8. März 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2014
- 224 HANS HERBERT VON ARNIM (HRSG.), Die Bezahlung und Versorgung von Politikern und Managern. Beiträge auf der 15. Speyerer Demokratietagung vom 24. bis 25. Oktober 2013 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin 2014
- 225 CHRISTIAN BAUER, Die Energieversorgung zwischen Regulierungs- und Gewährleistungsstaat. Die Gasnetzzugangs- und Gasnetzentgeltregulierung durch Bundesnetzagentur und Landesregulierungsbehörden, Berlin 2014

Speyerer Arbeitshefte

- 214 HERMANN HILL/SIRKO HUNNIUS/SARAH SCHMITT/TINO SCHUPPAN, Informierter Bürger trifft zuständigkeitsorientierte Verwaltung. Abschlussbericht des Forschungsprojekts der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer und des Potsdamer eGovernment Competence Centers (IfG.CC) unterstützt von ISPRAT e. V., Speyer 2014

SpeyerJournal Nr. 25

Sommersemester 2014
(Fortführung des SpeyerBriefs)

Impressum

Herausgeber: Der Rektor der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Information und Kommunikation der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer;

Tel.: 06242/654-225;

Fax: 06242/654-208;

E-Mail: strohm@uni-speyer.de

Verantwortlich: Dr. Klauspeter Strohm

Lektorat: Hildegard Griesmer

Druck: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Druckerei

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2.500

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Uni Speyer, Luise Gruender, FKS, JustizNRW

